ALHAMBRA ZEITUNG & PROGRAMM

september/oktober 2011

alhambra
- grundsätzliches -

Das Alhambra ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen. Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten. Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich – oft mit Stress und Nerverei verbunden – tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet. Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können. Jeden zweiten Freitag im Monat trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das„NutzerInnen-Plenum". Auf diesem Plenum sind in der Regel VertreterInnen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc. Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das NutzerInnen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

Hermannstraße 83 26135 Oldenburg
Tel.: 0441-14402 Fax: 0441-21706489
e-mail: alhambra@alhambra.de
www.alhambra.de

Spendenkonto:
LzO, BLZ 280 501 00, Kto.Nr. 000-430 397

zeitung
-unterstützerinnen-

AK Rote Rispe, ALSO-Plenum, Antifaschistische Aktion OL, Antifa-Café, Antira-Plenum Oldenburg/Blankenburg, Arbeitskreis Asyl, AStA der C.v.O.-Uni, Crush Hour Concerts, Die Überflüssigen OL, DKP OL, „Dritte Welt"-Infozentrum&Laden, Feministisches Plenum, Filmriß, Hochschulgruppe Ausländischer Studierender, Infoladen roter strumpf, Jazzclub Alluvium, NaUnd e.V., Oldenburger Rechtshilfe, Die Linke OL, Rosige Zeiten, Tantifa, Wagenburg Blöder Butterpilz

Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der UnterstützerInnen wieder. V.i.S.d.P.: F. Kischer

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. ‚Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurück zusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

INHALT

Editorial **1**
Kurzmeldungen **3**

antiatom
Strahlendes Proletariat **9**
Uranabbau im Niger **12**
Atomarer Kolonialismus in Ozeanien **17**

nachruf
Gernot Koch. Verstorben am 09. Juli 2011 **20**
Gernot Koch: „Liebeserklärung ans Alhambra" **21**

antirassismus
Osterurlaub vom Mob **22**
Der Rassismus der frühen Jahre **24**

rubrik
Krieg der Steine **27**

internationalismus
Sudan: Englisch statt Arabisch **32**

recht auf stadt
Chile: Unser Traum ist größer als ein Haus **34**

Ankündigungen **37**

Editorial

Das diesjährige Sommerloch ist in Oldenburg leider nur ein Loch – ohne Sommer! Einer der wenigen Lichtblicke im verregneten Oldenburg stellte wohl das Platzfest dar. Drei Tage konnten wir mit Flex-Rennen, Konzert, Party und einer Wasserdemo für die Wagenburg und gegen die Wasserstadt zumindest so tun als sei Sommer. Nichtsdestotrotz nutzen wir das Oldenburger Nicht-Sommer-Loch, um euch mit diversen inhaltlichen Schmankerln zu versorgen.

Mit unserem Schwerpunkt kramen wir einige blinde Flecken der Anti-Atom-Bewegung heraus, die in der Regel nicht zur Sprache gebracht werden. Der Text "Strahlendes Proletariat" setzt sich mit Leiharbeit in der Atomindustrie auseinander. Kürzlich ist eine Studie veröffentlicht worden, die besagt, dass die Löhne von sogenannten Geringqualifizierten insgesamt in Deutschland in den vergangenen zehn Jahren auf das Niveau der 1980er Jahre gesunken sind. Zugleich erlebt die Wirtschaft einen deutlichen Boom. Auch in der Atomindustrie werden zur Kosteneinsparung zahlreiche Leiharbeiter_innen eingesetzt. Abgesehen von der grundsätzlich miserablen, besonders ausbeuterischen Arbeitssituation, müssen sie in der Atomindustrie die gefährlichsten – also strahlenintensivsten – Arbeiten ausführen. In großen Teilen der Anti-Atom-Bewegung werden aber ebenso wie die Leiharbeiter_innen auch die Produzent_innen oft systematisch „vergessen". Der Text „Unser Erbe ist anhaltende Umweltzerstörung" setzt sich exemplarisch mit dem Uranabbau im Niger, seinen dramatischen, sozialen Folgen und den Kämpfen der Betroffenen auseinander. Im Text „Ignoranz gegenüber den BewohnerInnen" geht es um atomaren Kolonialismus in Ozeanien. Hier stehen die Bewohner_innen des Pazifik im Fokus, die in der Berichterstattung über die dort stattfindenden Atomtests in der Regel verschwiegen werden. Manch einer_m mag dieser Schwerpunkt vielleicht etwas bunt zusammen gewürfelt vorkommen. Auf den ersten Blick haben diese Themen wahrlich nicht viel miteinander zu tun. Wir haben uns aber gefragt, warum trotz der pulsierenden Anti-Atom-Bewegung diese Themen kaum eine Rolle spielen. Ob es den meisten wohl nur um das eigene Wohl oder die eigene Gesundheit geht? Oder ob die soziale Frage einfach insgesamt zu unpopulär geworden ist? Auf jeden Fall werden wir nicht zuletzt auch wegen dieser Themen zum nächsten Castor-Transport ins Wendland fahren. Das Wetter wird beim voraussichtlich im November rollenden Castor wohl sommerlich werden – zumindest wenn mensch den aktuellen Sommer als Maßstab nimmt. Die Voraussetzungen sind also gut, an

unserer Rekordmarke aus dem letzten Jahr (längster und teuerster Castor-Transport ins Wendland) zu feilen. Bereits jetzt formiert sich zahlreicher und vielfältiger Widerstand.

Bis dahin werden wir hoffentlich nicht die ganze Zeit damit verbringen, nur neidisch auf die Aufstände und sozialen Massenbewegungen in Chile, Syrien, England, Spanien, Israel, Griechenland und anderswo zu gucken. Nicht zum ersten Mal sind wir versucht, hier wieder mal unserer Frustration darüber Raum zu geben, dass die herrschende Ordnung in Deutschland derzeit nicht in Frage gestellt wird, dass hier keine sozialen Massenproteste ihr Stück vom Kuchen oder gar die ganze Bäckerei fordern.

Zum Artikel „Osterurlaub vom Mob" müssen wir leider eine kleine Aktualisierung einschieben: Nach der antiziganistischen Hetze letztes Ostern im ungarischen Dorf Gyöngyöspata trat der Bürgermeister zurück. Bei den Neuwahlen im Juli gewann der Kandidat der rechtsradikalen Partei Jobbik. Gyöngyöspata ist nun der vierte Ort in Ungarn, der von Jobbik regiert wird.

Spannend finden wir die Entwicklungen rund um die weltweit stattfindenden Slutwalks. Ausgelöst durch eine beschissene sexistische Aussage eines Bullen in Toronto demonstrieren seit einigen Monaten überall auf der Welt Menschen gegen Sexismsus, sexualisierte Gewalt, Vergewaltigungsmythen und -verharmlosungen. Dabei geht es nicht um das „Recht sexy zu sein", wie Spiegel Online letztens schrieb, sondern darum, tragen zu können, was FrauLesbeTrans will, ohne zum Sexobjekt oder

blöd angemacht zu werden oder sexualisierten Übergriffen ausgesetzt zu sein. Ebenfalls betroffen davon sind z.B. auch Homosexuelle, die aufgrund ihrer Kleidung oder ihres Auftretens angefeindet werden und Menschen, die nicht eindeutig als Mann oder Frau auftreten.

Es begeistert uns, dass es wieder große feministische Mobilisierungen gibt, die über den linksradikalen Szene-Tellerrand hinausgehen. Wir sind hin und weg!

Dennoch hat die Euphorie, die sich bei einigen breit gemacht hat, kleine Dämpfer erlitten. Der Hydra e.V., Treffpunkt und Beratungsstelle für Sexarbeiterinnen, und LesMigras (Lesbische/bisexuelle Migrant_innen und Schwarze Lesben und Trans*Menschen) formulierten eine sehr solidarische Kritik gegenüber den Slutwalks und forderten, dass auch die Stimmen derjenigen gehört werden, die sich nicht Schlampe nennen wollen oder können, weil sie z.B. tagtäglich von der Gesellschaft mit diesem Stigma belegt werden und damit Schmerz und/oder Beschämung verbinden oder weil sie z.B. als Schwarze auf eine ganz andere Art und Weise sexualisiert werden, als eine Weiße.

Die Slutwalks in Europa und Nordamerika würden sich vor allem auf weiße, aus der Mittelklasse kommende Personen beziehen und eben solche könnten sich auch mit den Slutwalks identifizieren – im Gegensatz zu anderen, die sich aufgrund ihrer sozialen Herkunft nicht repräsentiert sehen. Hydra fordert, dass auch Leute, die aufgrund ihrer sozialen Herkunft, also aufgrund von race, Geschlecht, Klassenhintergrund, Aufenthaltsstatus oder als Sexarbeiter_innen, von der Gesellschaft ausgegrenzt werden, in die Organisation der Slutwalks miteinbezogen werden – und das nicht nur, um den Anschein von political correctness zu wahren.

Beim Slutwalk in Hamburg, an dem einige Aktivist_innen aus Oldenburg teilnahmen, drängte sich wie so oft die Frage auf, ob eine Demo wie der Slutwalk offen für alle Geschlechter (oder nur für FrauenLesbenTrans) sein sollte, wie es in Hamburg der Fall war. Wenn das zur Folge hat, dass Männer sich ins Rampenlicht rücken, um sich als große Vertreter für die Rechte von FrauenLesbenTrans zu inszenieren und aller Welt zu sagen, dass sie mit Sexismus ja nichts am Hut hätten, heißt die Antwort nein. Wenn die Auseinandersetzung mit der eigenen Männlichkeit und verinnerlichten Sexismen damit abgeschlossen ist, auch mal auf einer feministischen, antisexistischen Demo gewesen zu sein, heißt die Antwort auch nein. Wenn reale gesellschaftliche Verhältnisse verschwimmen, weil Männer in Interviews sagen, dass es auch sexualisierte Gewalt gegen Männer gebe (was hier niemand bestreiten möchte!) heißt die Antwort nein. Wenn mensch nur Männer hört, die feministische und antisexistische Parolen rufen, weil diese so laut brüllen, das niemand sonst mehr eine Chance hat, dagegen anzukommen, heißt die Antwort ebenfalls nein.

Es geht nicht darum sich dagegen auszusprechen, dass Männer sich solidarisieren. Die Frage ist nur wie. Wir haben keinen Bock drauf, dass solche großartigen Proteste wie die Slutwalks dafür instrumentalisiert werden, die eigene vermeintliche political correctness zur Schau zu stellen.

Zu wenig gefeiert – viel gekotzt.

Auf einen spannenden Herbst.

Eure Alhambra-Redaktion

Rassistischer Brandanschlag in Leverkusen

Leverkusen In der Nacht zum 25. Juli wurde in Leverkusen ein Brandanschlag auf ein Haus verübt, das überwiegend von Roma und Sinti bewohnt wird. In das Erdgeschoss wurden mehrere Molotow-Cocktails geworfen. Die Wohnung brannte daraufhin komplett aus. Die Bewohner_innen des Hauses bemerkten das Feuer rechtzeitig und konnten sich darum ins Freie retten. Alle blieben unverletzt.

In der Vergangenheit haben die betroffenen Familien immer wieder Gewaltandrohungen aus der neonazistischen Szene erhalten. Unter anderem initiierte die neonazistische Partei „Pro NRW" eine Hetzkampagne gegen sie. Daher ist es wahrscheinlich, dass die bislang unbekannten Täter_innen der Neonazi-Szene angehören.

Hausdurchsuchung in Oldenburg

Oldenburg Am 9. August fand bei einem Oldenburger Genossen eine Hausdurchsuchung im Rahmen von möglicherweise umfangreicheren Ermittlungen bezüglich der antifaschistischen Demonstration am 30. April in Bremen statt. Der von der Razzia betroffenen Person wird vorgeworfen während der Bündnisdemonstration eine Polizistin umgeschubst und geschlagen zu haben. Bei der Durchsuchung der Person und ihrer Wohnung haben der Bremer und der Oldenburger Staatsschutz nach einem schwarzen Kapuzenpulli, einer Sonnenbrille und einer schwarzen Regenjacke gesucht.

Wir möchten dem Betroffenen auf diesem Wege solidarische Grüße aussprechen. Betroffen ist eine_r, gemeint sind wir alle! Wir lassen uns nicht unterkriegen! Kampf der Repression!

BGH verwirft Revision gegen Urteil im mg-Verfahren

Berlin/Karlsruhe Der Bundesgerichtshof (BGH) hat das Urteil gegen Axel, Florian und Oliver im Juni bestätigt. Das Urteil des Berliner Kammergerichts vom Oktober 2009 gegen die drei Antimilitaristen wegen versuchter Brandstiftung an Bundeswehr-LKW und Mitgliedschaft in der militanten gruppe (mg) in Höhe von drei und drei einhalb Jahren ist damit rechtskräftig. Sie haben nun ihre Ladung zum Haftantritt nach Berlin-Hakenfelde erhalten. Die Verurteilung erfolgte nach §129 StGB, der die Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung unter Strafe stellt. Der Paragraf gehört wie die §§129a und 129b zum politischen Strafrecht der BRD und ermöglicht eine Verurteilung auch ohne konkrete Tatbeteiligung.

Der Beschluss des BGH ist für das Solidaritätsbündnis für die Einstellung der

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

§129-Verfahren keine Überraschung: In den vergangenen 20 Jahren wurde kein politisches Urteil des Berliner Kammergerichts vom BGH aufgehoben.

Doch auch wenn Axel, Florian und Oliver jetzt in den Knast müssen – der Kampf geht weiter.

Für alle Interessierten: Im Infoladen „Roter Strumpf" gibt es das Büchlein „Das zarte Pflänzchen der Solidarität gegossen – Zu den Verfahren und dem Prozess wegen Mitgliedschaft in der militanten gruppe (mg)".

Abschiebung aus Kirchenasyl

Emden Am 1. Juni wurde Reza Z. – gebürtig aus Afghanistan – von Polizist_innen, Vertreter_innen der Ausländerbehörde und der Abteilung für öffentliche Sicherheit und Verkehrswesen in Emden aus einer Emder Kirche, die ihm Asyl gewährte, geholt und nach Schweden abgeschoben. Dorthin ist er vor sechs Jahren aus dem Iran geflüchtet. In Schweden beantragte er Asyl, sein Antrag wurde jedoch abgelehnt. Daraufhin tauchte Reza unter und ging später nach Deutschland, wo er erneut um Asyl bat. Da Schweden in der Logik der Europäischen Union als sogenanntes „sicheres Drittland" gilt, sind andere EU-Mitgliedstaaten sowie Norwegen, Island und die Schweiz nicht verpflichtet, die Asylanträge von Menschen, die bereits in einem anderem Land um Asyl gebeten haben, zu bearbeiten. Flüchtlinge können nach dem „Dublin II"-Abkommen in ein so genanntes „sicheres Drittland" abgeschoben werden. Und genau das haben die deutschen Behörden nun getan. Reza erhielt vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge eine Ablehnung mir der Begründung, Schweden sei zuständig, weil er dort in die EU einreiste. Der vor einigen Jahren im Iran zum Christentum konvertierte Flüchtling fürchtet nun von Schweden zurück nach Afghanistan abgeschoben zu werden. Im vergangenen Jahr hatte Schweden 30 Menschen nach Afghanistan abgeschoben.

Bundeswehr verliert Rekrut_innen

Hannover Schon Ende Juli – also nur drei Wochen nach Beginn des neuen Freiwilligendienstes – vermeldet die Bundeswehr zahlreiche Kündigungen.
Bei der 1. Panzerdivision in Hannover haben in den ersten drei Wochen wohl schon 14 Prozent der Rekrut_innen ihre Kündigung eingereicht. Beim Berliner Wachbataillon haben in der kurzen Zeit nach einem Bericht der Hannoverschen Allgemeine Zeitung (HAZ) 17 von 158 Soldat_innen der Armee den Rücken gekehrt.

Ohne Angaben irgendwelcher Gründen können die Soldat_innen in ihrer sechsmonatigen Probezeit des freiwilligen Militärdienstes innerhalb von 24 Stunden kündigen.

Als Gründe wurden häufig Überforderung und Unzufriedenheit mit der soldatischen Ordnung und dem Leben in der Kaserne genannt. Darüber hinaus haben einige noch einen Studienplatz oder einen Ausbildungsplatz in einem zivilen Beruf erhalten.

Bleibt zu hoffen, dass noch mehr Soldat_innen dem Militär den Rücken kehren.

Mail-Express-Mitarbeiter_innen verlieren ihre Jobs

Oldenburg Am 01. August 2011 standen die verbliebenen 70 Mitarbeiter_innen vom Oldenburger Postdienstleister Mail-Express vor verschlossenen Türen. Sie hatten ihre Arbeit verloren. Im Gegensatz zu den Kund_innen wurde

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

ihnen jedoch nichts mitgeteilt. Im Anschluss gingen sie geschlossen zum Arbeitsamt.

Mail-Express war nach der Insolvenz Anfang Juli von der HSD-Betreibergesellschaft übernommen worden. Hinter letzterer steckt der Unternehmer Dieter Stührenberg, der in Bad Zwischenahn seinen Firmensitz hat und schon mehrfach durch Betrugsverfahren und Nicht-Zahlungen von gekauften Immobilien aufgefallen ist. Auch die LzO hat der HSD inzwischen die Konten gekündigt. Er und der angeblich zuständige Vertreter des Eigentümers Friedrich Brandhorst waren bis zu unserem Redaktionsschluss nicht zu erreichen – auch nicht von der Gewerkschaft. Als die Mitarbeiter_innen ihn unter der eingetragenen Firmenadresse zu erreichen versuchten, indem sie eine Protest- und Flugblattaktion in Bad Zwischenahn machten, ließ er sich trotz Anwesenheit verleugnen. Verdi und die Mitarbeiter_innen klagen nun – nicht zuletzt auch, weil ihr Lohn seit Juni nicht mehr ausgezahlt wurde.

Wir wünschen den Mitarbeiter_innen des Mail-Express viel Kraft im Kampf um ihre Rechte!

„ töten, tröten, trösten?"

Oldenburg Am 20. Juli fand in Oldenburg im Rahmen des alljährlichen, ehemals sich alternativ gebenden Oldenburger Kultursommers, auf Einladung der NWZ, ein Bundeswehr-Benefizkonzert statt. Rund tausend Bundeswehrfans konnten ihre menschliche Seite zeigen und ausgiebig für trauernde Kinder in Deutschland sowie für den Verein „Die Bundeswehr hilft Kindern in der Dritten Welt" spenden. Der Bundeswehr-Karriere-Truck fügte sich dabei glänzend in die militaristische Propaganda ein, die von Kossendey und Co. veranstaltet wurde. Der Zynismus, dass die Bundeswehr erst Kinder in Afghanistan tötet, um dann zu Propagandazwecken eine Benefizveranstaltung für eben diese Kinder zu veranstalten, schien den Besucher_innen nicht aufzufallen. Protest schien es zunächst auf dem von der Polizei hermetisch abgeriegelten Rathausplatz an diesem Tag auch keinen zu geben. Die Polizei, welche sich fest vorgenommen hatte, ein Debakel wie beim Bundeswehrkonzert am 8. Mai im Oldenburger Schlossgarten zu verhindern, stolzierte bereits zu Anfang der Veranstaltung siegessicher umher. Die vermeintliche Ruhe hielt jedoch nicht lang. Etwa eine Viertelstunde nach dem Beginn der Veranstaltung wurden die Besucher_innen durch ein lautes Feuerwerk, welches auf dem Dach von Galeria Kaufhof gezündet wurde, aus ihrer Trance erwacht. Zeitgleich entrollten drei Antimilitarist_innen ein großes

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

Transparent mit der Aufschrift : „töten, tröten, trösten?! Soldaten sind Mörder!" und machten sich daran mit Tröten und Hupen das Konzert so unerträglich wie möglich zu machen. Im selben Zeitraum fanden auf dem Platz mehrere Aktionen statt: Trillerpfeifen wurden gezückt, Stinkbomben geworfen und Protestschilder hochgehalten. Die verschiedenen Protestformen zeigten zumindest soviel Wirkung, dass ein Teil der Konzertbesucher_innen völlig entnervt das Konzert verließ. Nach etwa einer Viertelstunde hatten es die – nun doch deutlich hektischer wirkenden Polizist_innen – aufs Dach geschafft. Beim Abführen der Antimilitarist_innen drehte dann noch einer der Bullen durch und verletzte mit Pfefferspray mehrere Symphatisant_innen (und eine Kollegin), welche gekommen waren um sich mit den Verhafteten solidarisch zu zeigen.

Auf der Wache angekommen, waren die drei Aktivist_innen erniedrigender Repression ausgesetzt. Zwei mussten sich, bevor sie einzelnd weggesperrt wurden, komplett entkleiden. Im nachhinein wurde an uns herangetragen, dass ein weiterer Aktivist von Bullen in Zivil angequatscht wurde. Es ist die Regel, aber trotzdem zum Kotzen, dass die Bullen eine_n erst völlig unverhältnismäßig mit Pfefferspray angreifen, nur um eine_n danach mit weiterer Repression zu überziehen. Solltet ihr an diesem Tag aktiv gewesen sein und seid nun selbst von Repression betroffen, empfehlen wir, dass ihr euch bei der Oldenburger Rechtshilfe meldet.

Trotz der Repression wurde einmal mehr deutlich, dass egal unter welchen pseudo-humanitären Antlitz die Bundeswehr in Oldenburg aufläuft, ihre Auftritte nicht ungehindert stattfinden können. Es bleibt dabei: Soldaten sind Mörder!

„Wasserstadt geht baden! – das könn' wir auch!"

Oldenburg „Die Wasserstadt geht baden" – unter diesem Motto demonstrierten am Samstag rund 140 Unterstützer_innen der Wagenburg. Anstatt jedoch wie gewohnt die Innenstadt mit einer Karawane von Wohnfahrzeugen zu umrunden, wagten sich die Demonstrant_innen diesmal auf die Hunte. Zum großen Erstaunen der BeobachterInnen und der Polizei enterten sie mit einer Vielzahl von Flößen, Schlauchbooten, einem Schwimmer und unbeschreiblichen Wasserfahrzeugen den Stadthafen. Unterstützt wurde die Darbietung von der Landseite aus durch

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

weitere Demonstrant_innen und einer lautstarken Samba-Band.

„Das Projekt Wasserstadt ist bereits untergegangen" rief ein Redner im Bademantel den Zuhörer_innen zu. Die Wasserstadt ist ein Projekt der Gentrifizierung: Teurer Wohnraum am Wasser für Yuppies soll entstehen und unter anderem die Wagenburg soll dafür weichen. Doch die Umsetzung der Pläne sind zur Zeit fraglich. Darum solle der Wagenplatz auf Dauer an seinem angestammten Standplatz erhalten bleiben. Nach einer kurzen Kundgebung an der Hafenspitze klang das Event mit Kaffee und Kuchen an der Hafenpromenade aus.

Brandanschläge von Nazis

Bergkamen In der letzten Juli-Woche wurden mehrere Brandanschläge in Bergkamen (Kreis Unna, NRW) von Nazis verübt. Neben dem Rohbau einer Moschee wurde zwei Mal ein Feuer in einem Mehrfamilienhaus gelegt, in dem viele nicht-deutsche Familien wohnen und das schon öfter mit Hakenkreuzen und SS-Runen verschandelt wurde. Mehrere Müllcontainer rund um's Haus wurden ebenfalls angezündet.

Die Polizei kam dem Täter auf die Spur, weil er in der zweiten Brandnacht als Brandentdecker auftrat und sich an den Löscharbeiten beteiligte. Denkbar sei, dass er den Tatverdacht auf diese Weise von sich ablenken wollte, so die Polizei. Bislang bestreitet er die Brandstiftungen und räumte lediglich ein, in alkoholisiertem Zustand am 23.07.2011 an drei Stellen Müllcontainer angezündet zu haben. Ein weiterer tatverdächtiger Bergkamener gestand nach seiner vorläufigen Festnahme, den Hauptbeschuldigten bei der ersten Brandlegungsserie begleitet zu haben.

Der 23-jährige Hauptbeschuldigte ist Teil der „Ortsgruppe Bergkamen" des „Nationalen Widerstands Unna". Diese ist eine Gruppe parteiloser Neonazis, die der gewalttätigen Strömung der „Autonomen Nationalisten" zugerechnet werden und die über gute Kontakte zur Neonazi-Szene in Dortmund und Hamm verfügt. Diese Gruppen setzen

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

verstärkt auf das Agitationsthema des Moscheebaus und der sogenannten „Islamisierung". Die Brandanschläge müssen in diesem Kontext gesehen werden.

Hausdurchsuchung in der Projektwerkstatt

Hildesheim Am 29.3.2011 kam es in der Hildesheimer Projektwerkstatt, einem kleinen, aber feinen linken Zentrum/ Büro zu einer Hausdurchsuchung. Den Anlass für die Durchsuchung bildete das antifaschistische Engagement eines Jugendlichen, der sich im Umfeld der Projektwerkstatt bewegt und engagiert. Die Durchsuchung rechtfertigte die Polizei mit dem Tatbestand der „üblen Nachrede"(!). In einer Pressemitteilung vom 24.06. heißt es zu den Durchsuchungen: „In einer Mail hatte sich ein der Polizei unbekannter Aktivist des Projekts Farbenfroh (ein Zusammenschluss junger Menschen, die sich gegen Rassismus und Nazis engagieren und deren Treffen in der Projektwerkstatt stattfinden) an den Schulleiter der Robert-Bosch-Gesamtschule gewandt und darauf hingewiesen, dass zwei Schüler durch neonazistische Äußerungen und die Unterstützung von NPD-Kampagnen aufgefallen sind. Daraufhin echauffierte sich die NPD auf ihrer Homepage über diese Mail und es wurde Anzeige erstattet. Die Polizei ermittelt gegen einen Jugendlichen, den sie für verantwortlich hält und durchsuchte unter anderem die Projektwerkstatt. […] Eine Anzeige polizeilicherseits zu verfolgen ist ja noch nachvollziehbar, aber wegen angeblicher „übler Nachrede" Hausdurchsuchungen vorzunehmen ist ungeheuerlich! Hier wird mit Kanonen auf Spatzen geschossen und ein Einschüchterungsversuch gegen politisch aktive Jugendliche vorgenommen!"

Dem haben wir nichts hinzu zu fügen und können uns nur den Abschlussworten der Pressemitteilung anschließen: „Wir werden auch weiterhin aktiv bleiben und uns nicht den Mund verbieten lassen, weder von den Nazis der NPD oder der Polizei! Wir greifen ein – egal ob in der Schule, beim Fußball, in der Kneipe oder auf der Straße! Antifaschismus ist nicht kriminell sondern notwendig!"

Slutwalks

Hamburg Am 13. August fand in Hamburg ein Slutwalk statt – ebenso wie in zwölf weiteren bundesdeutschen Städten. Diese „Schlampenspaziergänge" richteten sich vor allem gegen Sexismus, sexualisierte Gewalt, Vergewaltigungsmythen und -verharmlosungen und sprachen sich für das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung aus. Mittlerweile fanden weltweit Slutwalks statt oder sind in Planung. Ausgelöst wurde diese Welle im Januar in Toronto (Kanada), als ein Polizist öffentlich von sich gab, dass Frauen sich nicht wie Schlampen anziehen sollten, um nicht zu Opfern (von sexualisierter Gewalt) zu werden. Drei Monate später fand im April dann der erste Slutwalk in Toronto statt.

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

STRAHLENDES PROLETARIAT

Leiharbeit ist auch in Deutschland elementarer Bestandteil der Atomindustrie

Mit der Katastrophe von Fukushima rückten auch die Arbeitsverhältnisse in Atomkraftwerken ins öffentliche Bewusstsein – vom japanischen „Strahlenproletariat" war die Rede, die Frankfurter Rundschau (4.4.11) spürte den französischen Nuklear-Nomaden nach. Dabei ist Leiharbeit in AKWs nicht nur im Ausland ein Problem. Auch in Deutschland bekommen LeiharbeiterInnen bei der gefährlichen Arbeit durchschnittlich mehr Strahlung als die Festangestellten ab – ein Problem, um das sich die Gewerkschaften nicht offensiv kümmern.

LeiharbeiterInnen, hieß es schon in Robert Jungks Klassiker „Der Atomstaat", sind die „Söldner, die Lumpenproletarier der Atomindustrie", denen man „alles zumuten darf". Etwa für Reinigung und Wartung brauchen die Betreiber kurzfristig deutlich mehr Personal als im Normalbetrieb. Es geht um gefährliche Arbeiten, bei denen Beschäftigte erhöhter radioaktiver Strahlung ausgesetzt sind: Jobs für LeiharbeiterInnen.

Arbeitnehmerüberlassung, so der Überbegriff für Leiharbeit, Personalleasing und Zeitarbeit war bis 1967 in Deutschland verboten und seit 1972 nur streng reguliert zugelassen. Mit der Agenda 2010 wurden ab 2004 fast alle Beschränkungen aufgehoben. Vor allem in der Atomindustrie legte die Leiharbeit schon früh eine steile Karriere hin. Verwendet wurde jedoch vor allem der Begriff „Fremdpersonal".

Keine 10 Jahre nach der Zulassung von Leiharbeit 1967 gab der damalige Abteilungsleiter des AKW Gundremmingen Norbert Eickelpasch zu Protokoll, dass „durch erhöhten Einsatz von Fremdpersonal und verbesserte technische und organisatorische Maßnahmen ... die Dosisbelastung des Wartungs- und Strahlenschutzpersonals in der Abschaltzeit 1972 gegenüber dem Vorjahr reduziert werden konnte." Wie viele LeiharbeiterInnen von ihnen in deutschen AKWs zum Einsatz kommen, ist nicht leicht zu ermitteln. Auch die Gewerkschaften, denen das Thema sonst so am Herzen liegt, zeigen sich wenig auskunftsbereit. Einen Anhaltspunkt bieten die Strahlenpässe, die 1977 mit der Strahlenschutzverordnung eingeführt wurden. Das gelbe Heft im A6-Format soll sicherstellen, dass ArbeiterInnen nicht zu viel Strahlung abbekommen. Wer seine „Dosisreserve" aufgebraucht hat, wird nicht mehr eingesetzt.

Leiharbeit: Frühe und steile Karriere in deutschen AKWs

Wurden im ersten Jahr, 1977, weniger als 4 000 Pässe ausgestellt, hatte sich ihre Zahl zwei Jahre später bereits verfünffacht. Ende der 1980er waren bereits rund 60 000 Strahlenpässe vergeben, 2009 zählte das Umweltministerium 75 000 Inhaber des Dokuments – wobei offen ist, wie viele davon AKW-LeiharbeiterInnen sind. Aufschluss könnte eine Kleine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag geben, die bis Ende Mai 2011 von der Bundesregierung beantwortet werden muss. In 34 Fragen soll

diese zu Werk- und Leiharbeit in AKWs in Deutschland Rede und Antwort stehen. Auch dem Münchner Stadtrat liegt eine Kleine Anfrage zu Leiharbeit in Isar II vor.

Die über die Jahre gewachsene Bedeutung der Leiharbeit in Atommeilern bestätigt jedoch eine 2000 veröffentlichte Studie des Otto-Hug-Strahleninstituts: Sie gibt für 1973 knapp 3 000 LeiharbeiterInnen an, 1990 wurden bereits rund 28 000 gezählt. Und 2009 arbeiteten nach Angaben des Umweltministeriums rund 24 000 „externe MitarbeiterInnen" in deutschen AKWs. Üblicherweise sprechen die Energiekonzerne von insgesamt 30 000 bis 40 000 Beschäftigten in der Kernenergieerzeugung.

Der hohe Anteil an sogenanntem Fremdpersonal ist nicht zuletzt auf den Versuch zurückzuführen, die strahlenintensivsten und gefährlichsten Arbeiten „umzuverteilen". Mit Leiharbeit werden gesundheitliche Risiken gewissermaßen outgesourct: In den 1980er und 1990er Jahren kamen drei Viertel aller ArbeiterInnen, die in AKWs radioaktiver Strahlung ausgesetzt waren, von Fremdfirmen. Seit Mitte der 1980er Jahre ist ihre Belastung höher als die der Stammbelegschaften – laut Otto-Hug-Institut „um etwa 75 Prozent". Das deckt sich in etwa mit Frankreich, wo es nicht nur mehr AKWs gibt, sondern auch Leiharbeit eine wichtigere Rolle spielt. Die Soziologin Annie Thébaud-Mony untersuchte die dortigen Arbeitsbedingungen und kam zu dem Ergebnis, dass die LeiharbeiterInnen etwa 80 Prozent der problematischen Strahlendosen abbekommen. (Focus, 14.4.11) Wenn sie die zulässige Jahreshöchstdosis von 20 Millisievert überschreiten, werden sie entlassen.

Die Gefahren für AKW-ArbeiterInnen vervielfachen sich, wenn unter Zeitdruck gearbeitet werden muss. Und der ist seit der Liberalisierung des Energiesektors größer geworden. So wurde zum Beispiel zwischen 1994 und 1999 die Revisionszeit im Atomkraftwerk Neckarwestheim II auf die Hälfte reduziert – von 33 auf 17 Tage. Schon länger kritisiert die Ärzte-Organisation IPPNW, dass in Atomkraftwerken „regelmäßig ungelernte Hilfskräfte und Leiharbeiter eingesetzt" würden.

Der Siemens-Konzern etwa soll 1996 beim Austausch der für die Reaktor-Schnellabschaltung erforderlichen Steuerstäbe des AKW Isar-1 rund 40 Prozent Hilfskräfte eingesetzt haben. Die 14 Steuerstabantriebe wurden in Rekordzeit ausgetauscht, was nach Meinung von IPPNW nichts anderes bedeutet, als dass die ArbeiterInnen intensiver und länger radioaktiver Strahlung ausgesetzt wurden.

Mit welchen Folgen das womöglich einhergeht, zeigte ein Bericht des Fernsehmagazins Report Mainz. Ein Dekontaminationsarbeiter, der zwischen 2001 und 2007 für ein Unternehmen in zwölf AKW die Becken für Brennelemente gereinigt hatte, starb vor zwei Jahren an Blutkrebs. Während die Berufsgenossenschaft abstreitet, dass die Krankheit wesentlich auf seine Arbeit in tödlicher Umgebung zurückzuführen ist, kam ein Gutachten der Universitätsmedizin Göttingen zu einem ganz anderen Schluss. Die Radioaktivität sei „eine wesentliche Ursache für die Entstehung der Leukämie".

Laut seinem Strahlenpass hatte der Mann übrigens keine übermäßige Strahlung abbekommen. Die bisher gültige Regelung geht davon aus, dass eine chronische Belastung weniger schädlich ist als ein akute – ohne dass es hierfür eine Begründung gebe, kritisiert die Grüne Sylvia Kotting-Uhl. Deshalb fordert sie eine Senkung der Grenzwerte. Wegen des erhöhten Zeitdrucks bei den Revisionen der Meiler ist aber vor allem die Nichteinhaltung von Vorschriften das zentrale Problem. Die würden oft ignoriert, hatte der verstorbene Dekontaminationsarbeiter gegenüber der Berufsgenossenschaft zu Protokoll gegeben. So seien beispielsweise Räume trotz erhöhter Strahlung für Revisionsarbeiten freigegeben worden – für ihn mit offenbar tödlichen Folgen.

Nichteinhaltung von Vorschriften durch Zeitdruck

Der durch Report Mainz bekannt gewordene Fall, der nun vor Gericht ist, hat die Gewerkschaften verunsichert. Es werde ein politischer Prozess unterstreicht Wolfgang Niclas von der IG Metall Erlangen, der für Areva zuständig ist und zugleich den Vorsitz des DGB Erlangen innehat. Wenn entschieden wird, dass die Krebserkrankung auf die Reinigungstätigkeit in den Atommeilern zurückzuführen, also eine Berufskrankheit ist, wäre es ein Urteil mit Signalwirkung.

Aber auch der Gewerkschafter Niclas kann wenig über Leiharbeit in den Meilern sagen, die von Areva „betreut" werden. Zehn Prozent der Beschäftigten des Konzerns sind Leiharbeiter, wie viele im sogenannten AKW-Service eingesetzt werden, ist unbekannt. Hinter dem harmlosen Begriff „Service" verbirgt sich unter anderem die Überprüfung der Sicherheitsvorrichtungen bei einer Revision, das Auswechseln der Brennstäbe sowie vor allem der Rückbau von stillgelegten AKWs.

Ein besonderes Programm für LeiharbeiterInnen in AKWs gibt es in der IG Metall nicht. Dafür sei die Gewerkschaft zu schlecht aufgestellt, sagt Niclas. Zudem sei die IG Metall seit Jahrzehnten konsequent für den Ausstieg aus der Atomenergie, was die Verhandlungsbedingungen mit den Unternehmen der Branche nicht unbedingt verbessert habe. Und dennoch: Auch für diese LeiharbeiterInnen macht sich die IG Metall stark, für sie sollen die allerbesten Sicherheitsbedingungen gelten und eine möglichst umfassende Gleichbehandlung. Die IG Metall hat wie in allen Betrieben das Interesse daran, Leiharbeit auf ein „vernünftiges Maß" zu bringen, so Niclas. Was das konkret heißen soll, ist unklar.

LeiharbeiterInnen bekommen 75 Prozent mehr Strahlung ab

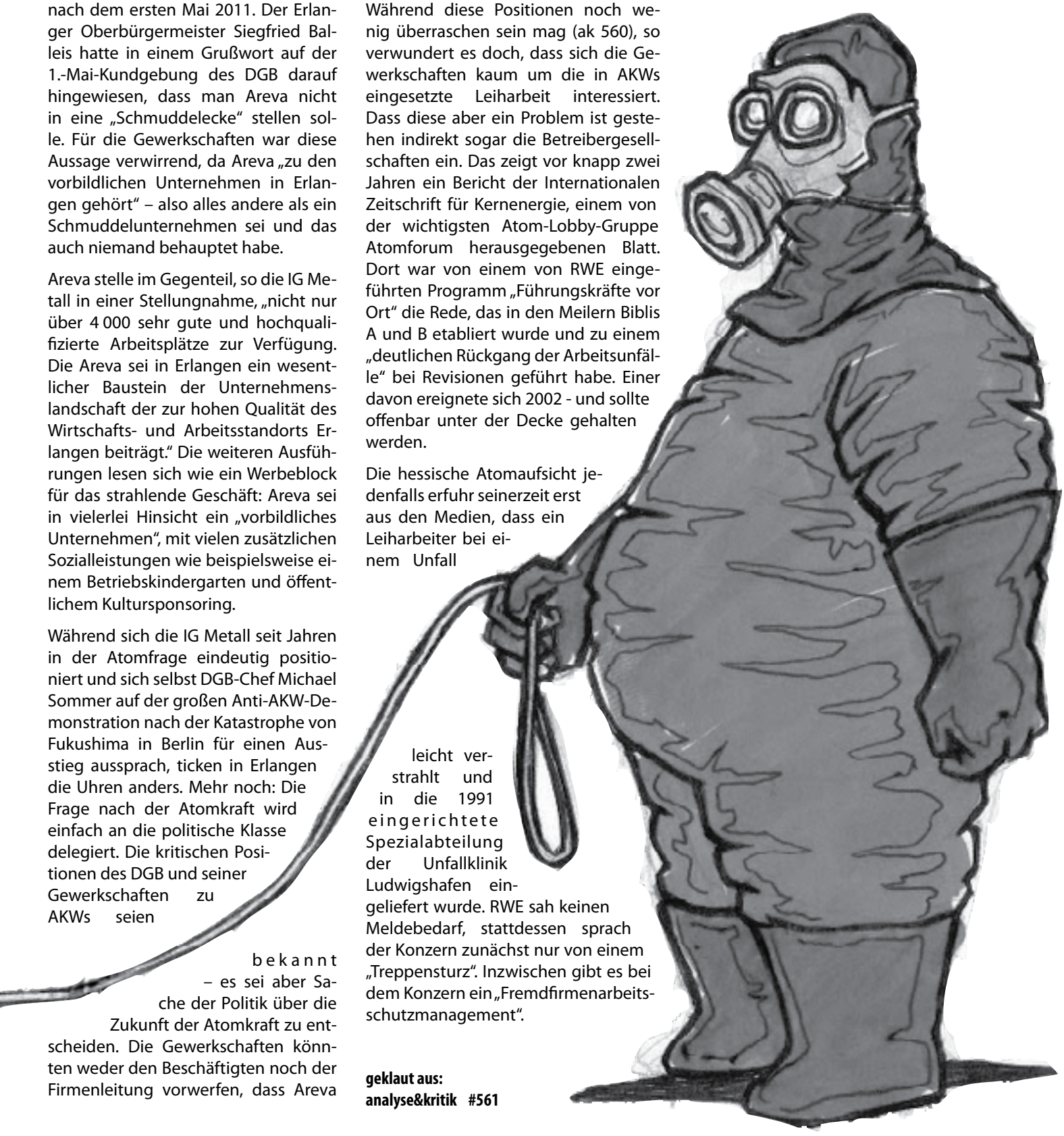
Ungleich mehr Engagement bringt die IG Metall Erlangen hingegen für die Verteidigung des Weltmarktführers in Nukleartechnik auf. Das zeigte sich nach dem ersten Mai 2011. Der Erlanger Oberbürgermeister Siegfried Balleis hatte in einem Grußwort auf der 1.-Mai-Kundgebung des DGB darauf hingewiesen, dass man Areva nicht in eine „Schmuddelecke" stellen solle. Für die Gewerkschaften war diese Aussage verwirrend, da Areva „zu den vorbildlichen Unternehmen in Erlangen gehört" – also alles andere als ein Schmuddelunternehmen sei und das auch niemand behauptet habe.

Areva stelle im Gegenteil, so die IG Metall in einer Stellungnahme, „nicht nur über 4 000 sehr gute und hochqualifizierte Arbeitsplätze zur Verfügung. Die Areva sei in Erlangen ein wesentlicher Baustein der Unternehmenslandschaft der zur hohen Qualität des Wirtschafts- und Arbeitsstandorts Erlangen beiträgt." Die weiteren Ausführungen lesen sich wie ein Werbeblock für das strahlende Geschäft: Areva sei in vielerlei Hinsicht ein „vorbildliches Unternehmen", mit vielen zusätzlichen Sozialleistungen wie beispielsweise einem Betriebskindergarten und öffentlichem Kultursponsoring.

Während sich die IG Metall seit Jahren in der Atomfrage eindeutig positioniert und sich selbst DGB-Chef Michael Sommer auf der großen Anti-AKW-Demonstration nach der Katastrophe von Fukushima in Berlin für einen Ausstieg aussprach, ticken in Erlangen die Uhren anders. Mehr noch: Die Frage nach der Atomkraft wird einfach an die politische Klasse delegiert. Die kritischen Positionen des DGB und seiner Gewerkschaften zu AKWs seien bekannt – es sei aber Sache der Politik über die Zukunft der Atomkraft zu entscheiden. Die Gewerkschaften könnten weder den Beschäftigten noch der Firmenleitung vorwerfen, dass Areva Produkte auf „höchstem Niveau" anbietet. Gewerkschafter Niclas schließt mit der Bemerkung: „Wir klagen auch nicht Porsche an, wenn irgendwo ein Unfall wegen überhöhter Geschwindigkeit passiert."

Während diese Positionen noch wenig überraschen sein mag (ak 560), so verwundert es doch, dass sich die Gewerkschaften kaum um die in AKWs eingesetzte Leiharbeit interessiert. Dass diese aber ein Problem ist gestehen indirekt sogar die Betreibergesellschaften ein. Das zeigt vor knapp zwei Jahren ein Bericht der Internationalen Zeitschrift für Kernenergie, einem von der wichtigsten Atom-Lobby-Gruppe Atomforum herausgegebenen Blatt. Dort war von einem von RWE eingeführten Programm „Führungskräfte vor Ort" die Rede, das in den Meilern Biblis A und B etabliert wurde und zu einem „deutlichen Rückgang der Arbeitsunfälle" bei Revisionen geführt habe. Einer davon ereignete sich 2002 - und sollte offenbar unter der Decke gehalten werden.

Die hessische Atomaufsicht jedenfalls erfuhr seinerzeit erst aus den Medien, dass ein Leiharbeiter bei einem Unfall leicht verstrahlt und in die 1991 eingerichtete Spezialabteilung der Unfallklinik Ludwigshafen eingeliefert wurde. RWE sah keinen Meldebedarf, stattdessen sprach der Konzern zunächst nur von einem „Treppensturz". Inzwischen gibt es bei dem Konzern ein „Fremdfirmenarbeitsschutzmanagement".



geklaut aus:
analyse&kritik #561

Unser Erbe ist anhaltende Umweltzerstörung

Die ökologische Katastrophe des Uranabbaus im Niger

50 000 Menschen haben im Wendland gegen die Castortransporte demonstriert. Aufgrund der von der Bundesregierung verabschiedeten AKW-Laufzeitverlängerung fiel der Protest massiver und breiter aus als in früheren Jahren. Was bei der Mobilisierung jedoch ein wenig verwundert, ist der fast ausschließliche Blick auf die Bedrohung hier. Schätzungen gehen davon aus, dass 23 Prozent des in deutschen Atomkraftwerken verbrauchten Urans aus dem nördlichen Niger kommen. Seine Förderung in der zentralen Sahara steht für eine ökologische Katastrophe mit unabsehbaren langfristigen Folgen für die in der Region lebenden Menschen. Der französische Atomriese Areva (u.a. Hauptsponsor des 1. FC Nürnberg) betreibt dort die Ausbeutung des nuklearen Brennstoffes. Areva ist auch Eigentümer der Wiederaufbereitungsanlage in La Hague, von wo am 4. November die Castorbehälter mit hoch radioaktivem Atommüll nach Gorleben geschickt wurden.

Die Entscheidung des französischen Nuklearkonzerns Areva, 1968 im Niger in die Uranförderung einzusteigen, fiel zwangsläufig. Mit der Entdeckung reichhaltiger Uranvorkommen im Sedimentgestein der Sahara konnte der Staatskonzern die umstrittenen Minen im eigenen Land schließen und mit Protektion der französischen Regierung beginnen, die Uranvorkommen der einstigen Kolonie mit minimalen Lohnkosten und ohne Einhaltung von Umweltschutzbestimmungen auszu-

beuten. So entstanden in der Air-Region im Norden des Landes innerhalb von sechs Jahren zwei von verschiedenen Tochtergesellschaften betriebene Abbaustätten. 1968 wurde die von der Societé des mines de l'AIR im Tagebau arbeitende Mine SOMAIR eröffnet, der 1974 die von der Compagnie minière d'Akouta gemanagte, allerdings unter Tage fördernde COMINAK folgte. Zusätzlich ließ Areva die Orte Arlit und Akokan, nur wenige Kilometer von den Bergwerken entfernt, aus dem Wüstenboden stampfen, um 3.000 Bergleute mit ihren Familien sowie Dienstleister_innen unterbringen zu können. Nach und nach wuchsen die Neugründungen zu einer Agglomeration mit 80 bis 100 000 Menschen heran. Die slumähnlichen Lebensbedingungen rund um die Kernstädte gaben Arlit und Akokan das für afrikanische Ballungsräume typische zweite Gesicht. Während die Angestellten der Areva in Werkssiedlungen mit befestigten Straßen, fließend Wasser und Elektrizität in der Nähe von Schulen, Krankenhäusern und Sportanlagen ein zumindest von der Infrastruktur her angenehmes Leben führen können, bleibt für die anderen am Rande der Stadt nur der staubige Slum mit seinen aus getrocknetem Lehm und verschiedenen Abfallstoffen erbauten Hütten ohne jede noch so elementare Versorgung.

Zugang zum Wasser als Überlebensgarantie

Die Bewohner_innen der Elendsviertel gehören zu den großen Verlierer_innen des Urangeschäfts. Sie stammen vorwiegend aus der ‚Volksgruppe' der Tuareg und nutzen die mittlere Sahara im Grenzgebiet zu Mali, Libyen und Algerien seit dem siebten Jahrhundert als Weide-, Wander- und Anbaugebiet. Dieser Lebensraum gilt als äußerst empfindliches Ökosystem. Nur dank riesiger unterirdischer Grundwasserreservoire sowie zahlreicher Regenwasserspeicher, die über ein ausgeklügeltes System von Brunnen angezapft werden, konnte er überhaupt besiedelt werden.

Die Kel Tamasheq, wie die Tuareg sich selber nennen, sicherten sich inmitten des Wüstengebietes mit dem traditionelle Wissen um den Zugang zum Wasser die Möglichkeit zur Ausübung verschiedenster Tätigkeiten. Bis heute leben sie vom Transport von Waren und Menschen an die Westküste des Kontinents oder in den Maghreb. Vor allem Migrant_innen sind auf sie angewiesen, um die Sahara auf dem Weg nach Europa zu durchqueren. Doch die Zeiten, in denen ein Großteil der Bevölkerung von diesem Geschäft profitieren konnte, sind lange vorbei. Bereits seit dem 19. Jahrhundert verloren die von ihr geführten Karawanen, die bis dahin den Transsaharahandel – auch mit Sklaven aus dem Süden Afrikas – beherrschten, aufgrund veränderter Handelsrouten und des technischen Fortschritts bei den Verkehrsmitteln an Bedeutung. Deshalb beschränken sich mittlerweile viele Tuaregfamilien auf nomadische Weidewirtschaft oder Subsistenz in den Oasen mit der Anpflanzung von Dattelpalmen, Zitrusfrüchten oder Gemüse wie Tomaten, Zwiebeln usw. Aber selbst diese Überlebensreserven sind und waren stets prekär. So führten Dürrekatastrophen wie zuletzt die von 1968 bis 1973 und von 1983 bis 1985 zu weiteren dramatischen Reduzierungen der Viehbestände.

Zudem versuchten die Regime von Bamako und Niamey immer wieder, soziale Probleme zu ethnisieren. Konflikte zwischen sesshaften Bäuer_innen und nomadisierenden Tuareg um das (wegen der ökologischen Katastrophen und der Ausweitung der Cash-Crop-Produktion) immer knapper werdende Land, wurden als Auseinandersetzung zwischen schwarzen nationalen Afrikanern und „weißen", staatenlosen Tuareg, mit ihrer Geschichte als Sklavenhändler, in einen vermeintlichen antirassistischen Zusammenhang eingebettet. Besonders die zahlreichen Militärregierungen des Niger griffen gerne zu diesem Mittel, um das soziale Konfliktpotential im Land einzudämmen.

Bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen Tuareg und nigrischen Streitkräften

Schon direkt nach der Unabhängigkeit im Jahre 1960 geriet die nomadische Lebensweise der Tuareg ins Visier des noch jungen nigrischen Staates. Bereits damals wollten die Behörden sie zur Sesshaftigkeit zwingen und über Landübertragungen an Bauern aus dem Süden die großflächige Weidewirtschaft einschränken. Auch die großen Dürren in den 70er und 80er Jahren nutzte das Militär, um die angestammte Bevölkerung über Zwangsumsiedlungen und gezielte Brunnenvergiftungen zu vertreiben.

Die Tuareg selbst reagierten noch bis Ende der achtziger Jahre auf Dürre und Repression mit Emigration ins benachbarte Algerien oder Libyen. Das änderte sich, als 1990 über Rücksiedlungsprogramme Zehntausende von ihnen in den Norden Nigers zurückkehrten und sich zu organisieren begannen. Am 4. und 5. Mai des selben Jahres demonstrierten gut 100 Menschen gegen unhaltbare Zustände in den Flüchtlingslagern und die Veruntreuung internationaler Finanzhilfen durch den Staat, die den Rückkehrer_innen hätten zugute kommen sollen. Als Reaktion auf die Verhaftung der Demonstrant_innen durch die Staatsorgane griff am 7. Mai eine bewaffnete Gruppe das Gefängnis von Tchin-Tabaraden an und befreite die bei der Protestaktion Verhafteten. Die nigrischen Streitkräfte beantworteten ihrerseits die erste Guerillaktion einer Tuareg-Gruppe mit der Bombardierung des Ortes. In der darauf folgenden staatlichen Repressionswelle wurden über 1 500 Menschen aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit umgebracht.

Wechsel von Krieg und Frieden

Dies führte zu einem Mentalitätswandel bei der ansässigen Bevölkerung. Sie sah die Emigration nicht mehr als einzige Antwort auf die Repression des Staates und politisierte sich. Zahlreiche bewaffnete Organisationen entstanden. So wechselten Zeiten verstärkter militärischer Auseinandersetzungen mit durch Friedensabkommen abgesicherten ruhigeren Phasen ab. Im Friedensvertrag vom April 1995 garantierte die nigrische Regierung den Bewohner_innen ein ökonomisches und soziales Entwicklungsprogramm für Nahrungsmittelversorgung, Ausbildung und Beschäftigung sowie Gesundheit. Außerdem sollten die Regionen auch finanziell von den bei ihnen ausgebeuteten Rohstoffen profitieren und über Dezentralisierung der Verwaltung an diesbezüglichen Entscheidungsprozessen beteiligt werden. Die Guerillaorganisationen goutierten dies, indem sie

im Jahre 2000 während einer symbolträchtigen Aktion ihre Waffen öffentlich zerstörten und damit eine siebenjährige Kriegspause einleiteten.

Als sich immer deutlicher abzeichnete, dass das nigrische Regime nicht gewillt war, die getroffenen Abmachungen einzuhalten, begann im Februar 2007 ein neuer Zyklus von Kämpfen. Mit dem Angriff auf einen Militärstützpunkt nahe Iferouane markierte das bis dahin unbekannte Mouvement des Nigériens pour la justice (MNJ) den Beginn regelmäßiger Attacken auf Militärbasen und Versorgungseinrichtungen der Uranminen. Das nigrische Parlament konterte mit der im Schnellverfahren genehmigten Freigabe von 60 Millionen US-Dollar zur Sicherung der Uran- und Ölvorkommen und Präsident Tandja, als Innenminister bereits 1990 Hauptverantwortlicher für die an den Tuareg begangenen Massaker, ließ mit 4 000 Soldaten die Hälfte seiner Armee in die Krisenregion um die Bezirkshauptstadt Agadez schicken. Der sich daraus entwickelnde Ausnahmezustand, verbunden mit Vertreibungen, ethnisch begründeten Repressalien und massiven Menschenrechtsverletzungen, dauerte bis zum 18.02. dieses Jahres, als putschende Militärs den Präsidenten absetzten und damit dieses Gebietes erneut befriedeten.

Abraum und Klärschlamm ungeschützt gelagert und radioaktiv verseucht

Dass der Uranabbau verstärkt ins Visier der bewaffneten Organisationen geriet, war nicht verwunderlich. Areva holte mit den beiden Minen insgesamt 100 000 Tonnen Uran aus dem Wüstenboden und erlöste damit einen jährlichen Reingewinn von ungefähr 200 Millionen Euro. Alles andere interessierte den französischen Staatskonzern offensichtlich nicht.

Dabei sind die äußeren landschaftlichen Veränderungen schon auf Satellitenbildern erkennbar. Der Übertageabbau auf der SOMAIR erinnert an die großen Braunkohlegruben am Niederrhein oder in den östlichen Bundesländern. 50 bis 60 Meter tiefe, in den Wüstenboden gefressene Krater wechseln sich mit riesigen Gesteinshalden ab, über die ungehindert der Wind hinweg pfeift. Diese Schuttberge sind das erste Abfallprodukt in der Uranausbeutung. Im nächsten Schritt zermahlen Mühlen vor Ort das aus dem Gestein gewonnene Erz, um aus ihm mit Schwefelsäure und Unmengen von Wasser das verbrauchsfähige Uran auszuwaschen. Auch bei diesem Prozess bleiben nochmals gewaltige Mengen von Klärschlamm, ungeschützt in Rückhaltebecken gelagert, zurück. Das zwischenzeitlich auf 600 Grad erhitzte Endprodukt wird dann als Urankuchen namens ‚Yellow Cake' in Fässer verpackt über den Hafen von Cotonou (Benin) nach Marseille verschifft.

Der Abbau unter Tage auf der nur wenige Kilometer entfernten COMINAK, mit über 250 Kilometern langen und bis in 250 Metern Tiefe gehenden Stollen die derzeit größte unterirdisch fördernde Uranmine weltweit, findet nach dem gleichen Prinzip statt. Der einzige Unterschied besteht darin, dass der Abraum dort teilweise in nicht mehr benutzte Stollen verfüllt werden kann. Die COMINAK zieht aus einer Tonne Erde 4,5 bis 5 Kilogramm Uran, die SOMAIR 3 bis 3,5 Kilogramm.

Die gewaltigen Erdbewegungen mit den offenen Halden sorgen für hohe Radonemissionen an Luft und Grundwasser. 85 Prozent der Radioaktivität des normalerweise vom Erdboden abgedeckten Uranerzes verbleibt in den angehäuften 35 Millionen Tonnen Abraum und den durch die Wüstenwinde austrocknenden Klärschlammbecken.

Aber nicht nur die Luft in der näheren Umgebung ist radioaktiv kontaminiert. Auch Straßen, Plätze und Häuser, für die einfache Erde als Baustoff benutzt wird, weisen Werte stark erhöhter Radioaktivität auf. Selbst für Gegenstände des alltäglichen Gebrauchs, die meist aus für die Rohstoffförderung nicht mehr gebrauchten Werk- oder Fahrzeugen recycelt, den Weg auf die umliegenden Märkte finden, gilt dies. Das betrifft Hausdächer ebenso wie Küchengeräte – selbst aussortierte Arbeitskleidung findet sich in den Haushalten wieder.

Wasserklau durch Areva bedroht Bevölkerung

Wenn bei diesem Horrorszenario überhaupt eine Bewertung der jeweiligen Emissionen vorgenommen werden kann, so stellt in einem Wüstengebiet die Beeinträchtigung des Grundwassers langfristig die größte Gefahr für das Überleben der dort siedelnden Menschen dar. Hierbei geht es nicht nur um die voranschreitende radioaktive Kontaminierung vieler Brunnen, vielmehr gräbt der Uranabbau der Bevölkerung im wahrsten Sinne des Wortes das Wasser ab. 270 Milliarden Liter kostete der Abbauprozess seit seinem Beginn: davon wurden 65 Prozent für die Wasserversorgung der neu entstandenen Agglomeration von Arlit und Akokan und 35 Prozent für die Arbeiten in den Minen verbraucht.

20 Prozent diese überaus kostbaren Rohstoffes kommt aus dem unterirdisch gelegenen Grundwasserreservoir von Agadez, das mit einer Länge von ungefähr 360 und einer Breite von bis zu 230 Kilometern eine zentrale Bedeutung für das über abzweigende Flussläufe versorgte Brunnensystem der zentralen Sahara hat. Aber auch die darüber liegende Ebene von Irhazer wird von zahlreichen Clans der Tuareg als saisonales Weidegebiet genutzt. Sie ziehen alljährlich an die tausend Kilometer bis hierher, um ihre Tiere nach Ende der Regenzeit mit den nun zahlreich sprießenden Pflanzen und und dem mit Natron angereicherten Wasser zu versorgen. Dieser von den Einheimischen als ‚Salzkur' bezeichnete zwei- bis dreimonatige Aufenthalt in der Ebene von Irhazer liefert den Kamelen, Ziegen und Maultieren die nötigen Nährstoffe, um die weiteren anstrengenden Wanderungen bis zum Verkauf einigermaßen genährt überleben zu können. So treffen sich während dieser Zeit zwei Drittel der im Niger Viehwirtschaft betreibenden Nomadenstämme, die Zeit der Salzkur auch zum Austausch und zahlreichen Festen nutzend.

Es ist allerdings fraglich, wie lange die Ebene von Irhazer mit ihrem unterirdischen Wasserreservoir noch diese zentrale Rolle für die Viehhaltung spielen kann. In Zukunft soll auch dort Uran abgebaut werden, obwohl schon jetzt die Grundwasserspiegel dramatisch sinken. Die nomadische Weidewirtschaft ist durch ihren ständigen Standortwechsel die traditionelle ökologische Anpassung an den landschaftlich bedingten Wassermangel. Areva hingegen zieht

das notwendige Wasser bei Bedarf einfach woanders ab oder setzt leistungsfähigere Pumpen ein. Almoustapha Alhacen, Präsident der lokalen Nichtregierungsorganisation Aghir in Man bilanziert das ganze so: „Anhaltende Umweltzerstörung! Wassermangel, weil der Grundwasserstand sich derzeit bei 70 Prozent befindet. Da die Reservoire 100 Millionen Jahre brauchen, um sich wieder zu füllen, kann man sagen, das sie sich nicht wieder füllen werden. Entsprechend sind die Tiere verschwunden. Die Pflanzen sind verschwunden. Es ist eine Wüste, aber es gibt Bäume… deren Wurzeln können nicht weiter als 60 Meter in die Tiefe wachsen. Wie auch immer, der Grundwasserspiegel liegt jetzt 300 Meter tief: die Bäume können ihn nicht erreichen. Unsere Erbschaft ist anhaltende Umweltzerstörung."

Ignoranz gegenüber radioaktiver Kontaminierung

Nach ersten Untersuchungen der französischen Umweltorganisation CRIIRAD (Commission de Recherche et d'Information Indépendante sur la Radioactivité) im Jahr 2003 und 2005 besuchte im November 2009 ein Team von Greenpeace die Uranregion, um bei ihren Messungen zu ähnlich erschreckenden Ergebnissen zu kommen wie die CRIIRAD. In vier von fünf in der Gegend von Arlit kontrollierten Brunnen war die Konzentration der radioaktiven Alphateilchen höher als der von der Weltgesundheitsorganisation festgeschriebene Grenzwert von 0,5 Bequerel. An einer Wasserstelle konnte eine Belastung radioaktiver Alphateilchen von 3,32 Bequerel gemessen werden. Die an der Luft festgestellten Messwerte von Radon 22 lagen bei der Polizeistation von Akokan, zweieinhalb Kilometer vom Untertageabbau der COMINAK entfernt, drei bis sieben Mal höher als in der weiteren Umgebung. Bei den Straßenbelägen, nicht selten repariert mit Abraum aus den Minen, stieß Greenpeace auf 500 Mal höhere Belastungen als die WHO-Grenzwerte. Hier reicht ein Tagesaufenthalt, um einer radioaktiven Belastung ausgesetzt zu sein, die der zulässigen Höchstdosis eines Jahres entspricht. Ein von der Zeche ausgemusterter und dann weiter verkaufter sechs Meter langer Metallständer, von den Einheimischen oft für den Hausbau genutzt, wies einen Messwert von 7,8 MicroSivert auf, was einer 50fach erhöhten radioaktiven Kontaminierung entspricht.

Obwohl über die Untersuchungen von CRIIRAD und Greenpeace belegt eine seit Jahrzehnten die gesamte Umwelt erfassende radioaktive Verseuchung stattfindet, ist der französische Atomkonzern immer noch nicht gewillt, dies als von ihm zu verantwortendes Problem zu sehen. Immer wieder bewies Areva äußerste Ignoranz gegenüber den Gefährdungen von Mensch und Umwelt. Erst 15 Jahre nach Eröffnung der Minen erhielten die Arbeiter Schutzkleidung mit Masken. Zuvor hatten sie die ganze Zeit mit ihrer Alltagskleidung gearbeitet und so den Staub aus den Minen mit nach Hause getragen. Als am 23.01.2004 ein LKW bei einem Urantransport Richtung Cotonou im Süden Nigers durch einen schweren Unfall 17 Fässer ‚Yellow Cake' verlor, brauchte Areva trotz Aufforderungen der Behörden mehr als einen Monat, um die Unfallstelle mit den zerborstenen Fässern zu säubern und zu dekontaminieren. Erst als französische Journalisten über dort spielende Kinder berichtet und CRIIRAD 2 000fach erhöhte Radioaktivitätswerte festgestellt hatten, wurde das Unternehmen endlich aktiv.

Areva kann sich so verhalten, weil die staatlichen Organe im Niger weder willens noch in der Lage sind, den mächtigen Atomkonzern angemessen zu überwachen. Die für die Atomsicherheit zuständige Kontrollbehörde CNRP hofft, im nächsten Jahr endlich über das Personal und die entsprechenden Geräte zu verfügen, um erforderliche Messungen durchführen zu können. Noch stärker fallen das Fehlen einer staatlichen Infrastruktur im Gesundheitswesen ins Gewicht. Denn Areva besitzt mit seinen beiden Kliniken vor Ort das Monopol in diesem Bereich und kann so noch 2009 behaupten: „Krebserkrankungen sind extrem selten. Während des 40 Jahre währenden Uranabbaus wurde kein einziger Fall aufgedeckt, den man mit der Verseuchung durch radioaktive Bestrahlung in Verbindung bringen könnte. Krebs ist eine Erkrankung, die man hauptsächlich in westlichen Staaten mit erhöhter Umweltverschmutzung

und stärkerem Konsum von üppigem Essen, Tabak und Alkohol findet." Zahlreiche Krankheitsgeschichten der Bewohner_innen von Arlit und Akokan widerlegen die zynische Einschätzung des Atomkonzerns. Aber sie sind nicht durch offizielle ärztliche Gutachten abgesichert, weil es keine unabhängigen Ärzte gibt, die solche Untersuchungen durchführen.

Mit dem Tod des französischen Vorarbeiters Serge Venel könnte sich das ändern. Er starb am 31.07.2009 im Alter von 59 Jahren an Lungenkrebs. Da seine Tochter in dem klinisch ausnahmsweise gut dokumentierten Fall für eine Anerkennung als Berufserkrankung prozessiert, wird Areva möglicherweise von französischen Gerichten gezwungen, die potentielle Gefährdung ihrer Mitarbeiter_innen anzuerkennen und ihnen finanzielle Entschädigungen anbieten zu müssen.

Ausverkauf an die Uranindustrie geht weiter

Trotz Putsch gegen Präsident Tandja und demokratischer Öffnung wird der Ausverkauf der nördlichen Region des Nigers an die Uranindustrie vermutlich weiter gehen (siehe auch Izindaba ‚Schwerpunkt extra'). Areva plant für das Jahr 2013 in Imouraren, die zweitgrößte Mine der Welt zu eröffnen, und auf einer Fläche von der doppelten Größe der Schweiz sind Abbaukonzessionen an chinesische, indische, kanadische und südafrikanische Uranunternehmen vergeben worden. Die Ebene von Irhazer liegt genau im Zentrum dieser Ansiedlungen, das riesige Grundwasserreservoir von Agadez dürfte sich weiter leeren. Die ökologische Katastrophe bezahlt allein die Armutsbevölkerung. Obwohl der Niger als drittgrößter Uranexporteur gilt, hat sich das bisher nicht in der erhofften Verbesserung der Lebensbedingungen niedergeschlagen. Gemäß des Entwicklungsindexes der Vereinten Nationen steht das Land weltweit auf dem letzten Platz, 80 Prozent der Bevölkerung sind Analphabeten. Angesichts dessen, dass der immer wieder von Hungerkatastrophen und zunehmenden Dürreperioden bedrohte Saharastaat noch 2008 11 Prozent des BIP mit seiner nachhaltigen Weidewirtschaft produzierte, während der Uranabbau gerade 1,8 Prozent dazu beitrug, wird der ökologische und ökonomische Wahnsinn einer auf den Uran setzenden Entwicklung mehr als deutlich.

Seit Ende der 1990er Jahre begannen lokale Basisorganisationen, Druck auf Areva auszuüben. Im Mai 2006 demonstrierten 6 000 Menschen gegen den unverantwortlichen Umgang im Umwelt- und Arbeitsschutz. Seitdem hat der Konzern nach Aussagen der lokalen Umweltorganisation Aghir in Man einige Verbesserungen in der Ausrüstung und der Informationspolitik gegenüber seinen Mitarbeiter_innen vorgenommen.

Allerdings gehen weder die örtlichen Basisinitiativen noch die bewaffneten Tuaregorganisationen soweit, das Ende der Uranausbeutung zu fordern. Das wäre jedoch notwendig, um langfristig das durch Wassermangel und fortschreitende Verwüstung in Frage gestellte Überleben der ansässigen Bevölkerung zu sichern. So bedrohen zur Zeit einzig und allein die Islamisten die Interessen der Urankonzerne. Mitte September überfielen in Arlit 30 Bewaffnete der Al-Quaida maghreb islamique einen Wohntrakt von Areva und entführten sieben ausländische Mitarbeiter des Konzerns, davon fünf französischer Herkunft. Noch immer laufen die sehr diskret geführten Verhandlungen. Doch in denen spielen die Interessen der Menschen in der Region keine Rolle. Hier geht es vielmehr über die Einnahme von Lösegeldern um das Auffüllen der eigenen Kriegskasse.

Der Text wurde am 10. November 2010 auf izindaba.info veröffentlicht.

»Ignoranz gegenüber den BewohnerInnen«

Interview mit Karl Rössel über atomaren Kolonialismus in Ozeanien

Die Ignoranz der Medien über die Folgen der Reaktorkatastrophe von Fukushima für die BewohnerInnen der Pazifikregion hat geschichtliche Vorläufer. Im Zweiten Weltkrieg dienten die pazifischen Inseln als Schlachtfeld, danach als nukleares Testgebiet. Ihre BewohnerInnen wurden dabei stets vergessen.

iz3w: Über den atomaren Gau in Fukushima berichteten sämtliche Medien hierzulande vergleichsweise ausführlich. Du hast diese Berichterstattung dennoch öffentlich kritisiert1. Warum?

Karl Rössel: Nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima sprachen zahllose Fernseh-, Rundfunk- und Pressekommentatoren unisono davon, welches »Glück im Unglück« es doch sei, dass die radioaktiven Wolken nicht Richtung Tokio, China oder Russland getrieben wurden, sondern in den Pazifik, so als sei dieser unbewohnt. Tatsächlich leben auf den pazifischen Inseln Millionen Menschen und abgesehen von der Umgebung von Tschernobyl dürfte es kaum eine Region geben, die nach dem Zweiten Weltkrieg so breit und massiv radioaktiv verstrahlt wurde wie Ozeanien.

Nach der Befreiung der pazifischen Inseln von japanischer Besatzung im Jahre 1945 erwiesen sich die Alliierten rasch als neue Besatzer. Denn sie wollten die Region jetzt für ihre militärischen Zwecke nutzen. Mit der beginnenden Blockkonfrontation erhielt der Pazifik eine herausragende strategische Bedeutung. Schon in den ersten Nachkriegsjahren entstanden deshalb überall in der Pazifikregion neue Militärstützpunkte. Dabei wurde der Eindruck vermittelt, dass es sich um eine weitgehend leere, unbewohnte Region handelte, die sich deshalb auch als Atomtestgelände der Großmächte eignete. Tatsächlich zündeten die USA und Frankreich bis 1996 in Ozeanien insgesamt mehr als 300 Atom-, Wasserstoff-, Plutonium- und Neutronenbomben. Für Atombombentests auf Moruroa, einem Atoll in der französischen Kolonie Polynesien ein paar hundert Kilometer von Tahiti entfernt, baute Frankreich ein riesiges militärisches Testgelände. 15 000 französische Soldaten, Wissenschaftler und Arbeiter wurden dorthin gekarrt. Das Gebiet wurde zur Sperrzone erklärt. Die Veröffentlichung von Gesundheitsstatistiken aus der Region war seit den ersten Tests verboten – auch unter Präsident François Mitte-

rand. Als sich das Greenpeace Schiff »Rainbow Warrior« 1985 auf den Weg nach Polynesien machte, um dort die radioaktive Strahlung zu messen, wurde es im Auftrag Mitterands vom französischen Geheimdienst in einem Hafen in Neuseeland in die Luft gesprengt. Der Greenpeace-Fotograf Fernando Pereira wurde dabei ermordet – Staatsterrorismus im Auftrag eines »sozialistischen« Präsidenten.

Tatsächlich ist die radioaktive Verseuchung der Region bis heute an vielen Orten nachweisbar. Schließlich kreuzen auch Kriegsschiffe und Flugzeugträger mit mehr als 10 000 Atomsprengköpfen an Bord durch den pazifischen Ozean, und in den Anrainerstaaten stehen mehr als 200 Atomkraftwerke. Deren Betreiber haben radioaktiven Müll an vielen Stellen im pazifischen Ozean versenkt. Auf den Marianeninseln wurden deshalb bereits in den 1980er Jahren Kinder mit sechs Fingern und verstümmelten Gliedmaßen geboren. Die Marianen liegen im Norden Mikronesiens und damit Japan von allen pazifischen Inseln am nächsten. Sie hatten deshalb schon im Zweiten Weltkrieg eine herausragende Bedeutung. Erst von der Marianeninsel Tinian aus geriet das japanische Festland in Reichweite der schweren US-amerikanischen Militärflugzeuge, die im August 1945 die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki abwarfen und damit das atomare Zeitalter einläuteten. Aber selbst Fakten wie diese, die die drohende Gefährdung der BewohnerInnen der Marianen und anderer mikronesischer Inselgruppen durch die radioaktiven Wolken aus Fukushima verdeutlichen könnten, kommen in der Medienberichterstattung nicht vor.

War diese Ignoranz schon immer so deutlich?

Die Berichterstattung über Ozeanien dokumentiert beispielhaft, dass Geschehnisse außerhalb der industrialisierten Machtzentren bis heute kaum oder allenfalls verzerrt wahrgenommen werden. Das zeigt auch ein Blick in die Geschichtsschreibung. Über die Kolonialgeschichte der Pazifikregion wie über deren neokoloniale militärische Ausplünderung in der Nachkriegszeit findet sich kaum Literatur. Wie wenig Beachtung die BewohnerInnen der Pazifikregion finden, zeigte prototypisch ein Dokumentarfilm über »den Krieg im Pazifik«, den der prominenteste Fernsehhistoriker der Republik, Guido Knopp, im September 2004 im ZDF präsentierte. Darin kam tatsächlich nicht ein einziger Inselbewohner in Wort oder Bild vor. Nur japanische Kamikaze-Flieger und amerikanische Marine-Soldaten waren zu sehen und zwar, wie Knopp stolz betonte, erstmals »in Farbe«. Dazu hieß es im Off-Kommentar, dass die grausamsten Schlachten im Pazifik auf »unbewohnten Inseln« stattgefunden hätten. Tatsächlich lebten allein in Neuguinea zwei Millionen Menschen, als dort 1942 innerhalb weniger Wochen 1,8 Millionen japanische, US-amerikanische und australische Soldaten landeten und die Insel zu einem der Hauptschlachtfelder des Zweiten Weltkriegs machten.

Ähnlich verheerende Folgen hatte der Zweite Weltkrieg für die BewohnerInnen der Salomon-Insel, des Zentralpazifiks und Mikronesiens. In Palau kam ein Drittel der BewohnerInnen im Krieg ums Leben, auf Saipan stand danach nahezu kein Haus mehr und jeder Zwölfte Inselbewohner war umgekommen. Dem ZDF war all das noch sechs Jahrzehnte nach Kriegsende in einer 45-minütigen Dokumentation nicht einen einzigen Satz wert. Es ist diese Ignoranz gegenüber den BewohnerInnen der pazifischen Inseln, die sich heute in der Berichterstattung zur Atomkatastrophe in Japan fortsetzt.

Die Ausblendung der Pazifikregion aus der publizistischen Wahrnehmung hierzulande steht in keinem Verhältnis zu deren militärischer Bedeutung.

Tatsächlich wurde keine Region in der Nachkriegszeit so massiv militärisch aufgerüstet wie Ozeanien. Das galt insbesondere in den 1980er Jahren. Damals verfolgten die USA unter Präsident Ronald Reagan eine Militärstrategie der so genannten »Vorwärtsverteidigung«. Danach wurde in einem Halbkreis von 10 000 Kilometern westlich des US-amerikanischen Festlands ein dichter Gürtel von Militärbasen aufgebaut: vom japanischen Okinawa über Südkorea, Taiwan, die Philippinen und Mikronesien bis nach Australien und Neuseeland. Ende der 1980er Jahre waren dort 360 000 Soldaten stationiert, und die größten US-Stützpunkte außerhalb der Vereinigten Staaten standen nicht in Europa, sondern mit der Subic Naval Base und der Clark Air Base in den Philippinen. Bis zu zwei Millionen US-Soldaten machten auf diesen beiden Stützpunkten jährlich Station. Bis in die 1990er Jahre führten die USA all ihre Kriege von dort: vom Vietnamkrieg über den Koreakrieg bis hin zum ersten Golfkrieg.

Zur militärischen Infrastruktur für die US-Kriegsführung zählten auch Stützpunkte auf den mikronesischen Inseln Guam und Yap, Überwachungsanlagen für U-Boote auf den nördlichen Marianen und Radarstationen für die US Luftwaffe auf Kwajalein, einem Atoll der Marshall Inseln im Nordpazifik. Schon 1960 hatten US-Militärs die BewohnerInnen des Atolls dazu gezwungen, auf die 13 Mal kleinere Insel Ebeye umzusiedeln, um die Lagune von Kwajalein als Testgelände für Langstreckenraketen nutzen zu können. Diese werden in Kalifornien abgeschossen und sollen nach mehr als 7 000 Kilometern Flug dort im Nordpazifik landen. Tatsächlich sind Raketen auch schon auf bewohnten Inseln niedergegangen. Wie die USA, so testeten auch die Sow-

jetunion und China Interkontinentalraketen im Pazifik. Chinesische Raketen schlugen bereits nördlich der Fidschi-Inseln ein.

Wie reagieren die BewohnerInnen des Pazifiks auf die atomare und militärische Ausplünderung ihrer Region?

Schon in den 1980er Jahren hieß es auf einem Protest-Plakat der pazifischen Kirchenkonferenz gegen die Verseuchung Ozeaniens durch Atommüll, Bombentests und Waffenlager: » Wenn alles so sicher ist, dann deponiert es in Tokio, testet es in Paris und lagert es in Washington, aber haltet den Pazifik atomfrei!« Seit 1975 trafen sich Initiativen aus ganz Ozeanien alle drei Jahre zur ‚Nuclear Free and Independent Pacific Conference'. Dazu gehörten bewaffnete Befreiungsbewegungen, Anti-Atom- und Umweltinitiativen, Frauen- und Kirchengruppen sowie VertreterInnen ethnischer Minderheiten und indigener Bevölkerungen aus den Anrainerstaaten des Pazifiks.

Die Bewegung verfügte viele Jahre über ein Organisationsbüro auf den Fidschi-Inseln, das ‚Pacific Concerns Resource Center'. Es ist im Wesentlichen dieser pazifikweiten Oppositionsbewegung zu verdanken, dass die Atombombentests in der Region Anfang der 1990er Jahre eingestellt werden mussten. Als der französische Präsident Jacques Chirac unmittelbar nach seiner Wahl im Juni 1995 eine Wiederaufnahme der Atombombentests in Moruroa ankündigte, eskalierten die politischen Auseinandersetzungen auf Tahiti, der Hauptinsel Französisch Polynesiens. Trotz massiver Einsätze französischer Polizisten und Militärs legten Streiks und Demonstrationen die Hauptstadt Papeete lahm, und der internationale Flughafen ging in Flammen auf. Erst danach erschienen die Bombentests auch Chirac politisch nicht länger durchsetzbar. Die Unabhängigkeit blieb den französischen Pazifikkolonien jedoch bis heute verwehrt.

Meldet sich die damalige Protestbewegung angesichts der jetzigen Atomkatastrophe zu Wort?

Leider musste die Bewegung ihr Büro, das ‚Pacific Concerns Resource Center', aufgrund mangelnder finanzieller Unterstützung vor einiger Zeit schließen, und auch die ‚Nuclear Free and Independent Pacific Conference' hat schon seit einigen Jahren nicht mehr stattfinden können. So gibt es zu Fukushima nur Wortmeldungen von einzelnen Initiativen und Institutionen wie zum Beispiel der pazifischen Kirchenkonferenz. Diese kritisierte in einer Presseerklärung vom 21. April 2011, dass die Regierungen der südpazifischen Inselstaaten, die ihre Region 1985 zur »atomfreien Zone« erklärt haben, bislang keinerlei Stellungnahme zu der »drohenden weiträumigen Verseuchung des pazifischen Öko-Systems« durch die Atomkatastrophe in Japan abgegeben hätten. Immerhin hätte der Vorsitzende der Tokyo Electric Power Company auf einer Pressekonferenz erklärt, dass es noch neun Monate dauern werde, bis die Fukushima-Reaktoren unter Kontrolle seien. Und das bedeute, dass »die Communities im Pazifik« bis mindestens Januar 2012 »unausweichlich durch das radioaktive Material gefährdet sind, das in Japan in den pazifischen Ozean gepumpt wird.« Die Regierungen der Inselstaaten sollten deshalb »die japanischen Botschafter« einbestellen und darauf drängen, dass die weitere radioaktive Verseuchung des pazifischen Ozeans sofort gestoppt werde.

Anmerkung

[1] Vgl. Eröffnungsrede zur Ausstellung »Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg« am 2. April 2011 in Göttingen. Nachzulesen unter: www.3www2.de/images/stories/Goettingen/RoeEr.pdf

Karl Rössel ist Journalist und konzipierte die Ausstellung »Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg«.

Interview: Rosa Lehmann. Transkription: Anne Ritter.

geklaut aus: iz3w 325, Juli/August 2011

Am 9. Juli ist Gernot Koch im Alter von 66 Jahren verstorben. Gernot war eins der Urgesteine der linken Szene in Oldenburg. Sein politischer Werdegang in der Stadt führte ihn vom »Sozialistischen Deutscher Studentenbund« zum »Kommunistische Bund Westdeutschland«. 1979 ging er als Gründungsmitglied zu den Oldenburger Grünen, für die er dann zehn Jahre im Stadtrat aktiv war. Aus Protest gegen den von Rot-Grün beschlossenen Kriegseinsatz deutscher Soldaten im Kosovo verließ er 1999 dann die Grünen. Er initiierte die Gründung der lokalen Gruppe »Grün-Links«, welche jedoch recht bald ihre Aktivitäten einstellte. Bei der Bundestagswahl 2005 kandidierte er dann als Oldenburger Direktkandidat für die Linkspartei. Dass er als Lehrer aktives Mitglied der GEW war, war für ihn ebenso selbstverständlich wie seine Tätigkeit in Diskussions-Zirkeln wie dem »Linken Forum« oder im Umfeld der ALSO. Und auch aus seinen Symphatien für die Oldenburger autonome Szene machte er bei allen Differenzen nie einen Hehl. »Ich (habe) – fast – immer so gelebt (…), dass ich meinen aufrechten Gang nicht verloren habe und morgens noch ohne schlechtes Gewissen in den Spiegel gucken kann«, sagte er vor einigen Jahren über sich. Eine Selbstbeschreibung, die wohl die meisten, die ihn kennenlernen durften, so unterschreiben würden. Ein symphatischer und durchaus streitbarer Genosse, der sich weder vor einer Reflexion seiner politischen Tätigkeit, noch vor den daraus ergebenden Brüchen scheute. Einer, der immer wieder neue Visionen entwickelte, aber kein Problem damit hatte, auch mal ihr Scheitern einzugestehen. Einer, der die verschiedenen Ansätze innerhalb der Oldenburger linken Szene solidarisch zur Kenntnis nahm und gerade das als Stärke bei der Suche nach einem Weg zum guten Leben ansah. »Auf der Suche sind wir« war dann wohl auch sein politische Maxime. Er wird dabei fehlen. [regentied]

Gernot Koch

Verstorben am 09. Juli 2011

1986 veröffentlichte Gernot Koch einen Artikel im Oldenburger Stachel, den wir im Folgenden dokumentieren, weil wir ihn lieber selber sprechen lassen wollen. Ihn, den Genossen, den wir schmerzlich vermissen werden, nicht trotz, sondern wegen seiner kritisch-solidarischen Haltung, von der wir eine Menge lernen können:

Liebeserklärung an das Alhambra

Wenn die „Okopartei", die Grünen, im Alhambra eine Veranstaltung machen wollen, dann haben sie arge Schwierigkeiten, grünes Licht von der Vollversammlung des „selbstverwalteten Kommunikations- und Aktionszentrums" zu erhalten. Wenn hingegen eine Veranstaltung gegen die Atomenergie wegen Überfüllung geteilt werden muß – wie jüngst nach Tschernobyl – dann kann man um 20.30 Uhr die Parole ausgeben „ab ins Alhambra", und eine halbe Stunde später ist dort die Diskussion im vollen Gange.

Wenn der Stachel eine Fete im Alhambra durchführen will – ist nun schon bald wieder zwei Jahre her – kommt er auch nicht an der Skepsis der Alhambra-Vollversammlung gegenüber allem, was sich irgendwie in festen Strukturen organisiert hat, vorbei. Keine „offenen Arme", sondern „offene Ohren" für die Antworten auf mehr oder weniger gute Fragen aus der Vollversammlung, bis endlich ein müdes „ja" zur Stachelfete rüberkommt. Das Mitgefühl der Stachel-Redaktion für die, die sich dem Spießrutenlauf in der Vollversammlung stellen mußten, war sicher, das Verständnis für deren Fluchen groß. Doch wenn der Widerstand gegen die Volkszählung organisiert werden muß, dann ist das Alhambra der Ort, wenn die Polizei Aktionen gegen militaristische Spektakel zusammenknüppelt, muß man gar nicht erst fragen, wo man sich zusammensetzt, da kann man gleich ins Alhambra fahren. Und Fahrgelegenheiten zu Gorleben-Demonstrationen findet man beim Alhambra. Wer in Oldenburg ernsthaft politisch arbeitet, und zwar nicht gerade im Alhambra, wird das Ding schon vielfach verflucht haben. Es ist zart ausgedrückt „unbequem" und unzensiert gesagt häufig arrogant, selbstherrlich und mit starken Tendenzen zur Isolation, zum Braten im eigenen Saft behaftet. Doch umgekehrt wird der, der politisch arbeitet, mit etwas Abstand bestätigen:

– In den 8 Jahren seines Bestehens hat sich das Alhambra ein ganz entscheidende Rolle im politischen Widerstand erworben

– Das Alhambra ist der wichtigste Ort in Oldenburg, an dem politischer Widerstand organisiert und eingeleitet wird

Dazu kommt noch die kulturelle Avantgarde-Funktion für Oldenburg. Es war eben das Alhambra, in dem Erich Fried las, und im Alhambra fand man zuerst „Freies Theater", Punk-Konzerte, Kabarett . . .

Kulturelle und politische Initiativen finden dort Räume, begonnen bei Rock-Gruppen, die dort üben können, über Nordwind- bzw. Alhambrazeitung-Redaktion, über Film- und Siebdruckgruppe, über Schwulengruppe und Zivildienstleistende bis hin zu den autonomen Frauengruppen. Sie alle sind/waren nicht nur im Alhambra, sie sind selbst das Alhambra – eben selbstverwaltetes Aktions- und Kommunikationszentrum. Die Stadt zahlt keinen Pfennig, die Polizei ist häufiger ungebetener Gast, die NWZ kannte lange Zeit den Namen gar nicht, bei der Fried-Lesung erfand sie den bahnbrechenden Kompromiß, statt Alhambra „Hermannstraße 83" zu schreiben.

Das alles konnte das Alhambra nicht stoppen. Auch nicht ständige mehr oder weniger harte Auseinandersetzungen in den eigenen Reihen oder mit dem Förderverein. Vielfach totgewünscht, bisweilen voreilig totgesagt, und quicklebendig.

Bei einem Brandanschlag auf ein Nachbarhaus, bei dem 3 Menschen aus der „Alhambra-Szene" umkamen, zeigte sich, daß das politisch-kulturelle Zentrum mit ungleich brutaleren Methoden rechnen muß, als es Osternburger Rocker bisweilen bei der Freitags-Disco trieben. Und eben einem solchen Brandanschlag fiel jetzt auch das Alhambra selbst zum Opfer, das Gebäude. Die Brandstifter meinten die Bewegung, doch, das kann man wohl jetzt schon sagen: sie trafen nur das, was auch brannte: Saal und Inventar des Alhambra. Das ist schmerzlich, aber eine breite Solidaritätsbewegung, aus der Räume für „Alhambra-Veranstaltungen" zur Verfügung gestellt werden, aus der mit kleinen und sehr kleinen Beträgen die laufenden Kosten des Alhambra von ca. 6 000 DM monatlich zu tragen geholfen wird, bestärken die Bewegung, die das Alhambra trägt, den Wiederaufbau zügig anzugehen. Oldenburg läßt sich das Alhambra nicht von Brandstiftern kaputtmachen!

Wir vom Stachel leisten in unserem Rahmen Hilfe, indem wir z.B. eine Seite zum Abdruck des Alhambra-Programms zur Verfügung stellen, indem wir als Einzelpersonen Daueraufträge bzw. Einzugsermächtigungen für die Bestreitung der laufenden Kosten des Alhambra eingerichtet haben – als „Stachel" sind wir leider nicht in der Lage, einen finanziellen Beitrag zu leisten, da wir am Hungertuch nagen. Und wir rufen dazu auf, unserem Beispiel zu folgen und Daueraufträge bzw. Einzugsermächtigungen (die Dinger sind fragwürdig, aber am billigsten, und die Fragwürdigkeit hat immer auch mit dem Empfänger zu tun!) für das Alhambra auszustellen.

Gernot Koch, im Stachel 1986

Osterurlaub vom Mob

Gyöngyöspata. – Ein ungarisches Dorf zieht gegen Roma zu Felde.

Ungarn war im letzten Jahr immer wieder in den Schlagzeilen. Es gab wiederholt Mordanschläge auf Romafamilien. Die rechtsextreme Partei Jobbik hat nicht erst seit den letzten Parlamentswahlen großen Erfolg. Jana Bollmann vom Roma Center Göttingen war mit Jugendlichen aus Deutschland, Polen, Bulgarien und Ungarn zu einer Recherche- und Begegnungsreise nach Gyöngyöspata – einem Dorf, das von rechtsextremen „Bürgerwehren" zum Schutz der Anwohner vor angeblicher „Zigeunerkriminalität" belagert wurde. Ein Bericht von Jana Bollmann.

In den Nachrichten hatten wir schon einiges über das kleine Dorf unweit von Budapest erfahren. Die etwas mehr als 400 Roma, die am Rande des Dorfes leben, wurden von Bürgerwehren belagert, schikaniert und in einigen Fällen sogar attackiert. Die Bürgerwehren stehen der rechtsextremen Partei *Jobbik* nahe und gelten als Nachfolgeorganisationen der mittlerweile verbotenen *Ungarischen Garde*.

An Ostern eskaliert schließlich die Situation vor Ort, so dass Frauen und Kinder vom Roten Kreuz evakuiert werden müssen. Nur die Männer bleiben zum Schutz der Häuser zurück. Später bestreitet die Regierung und das Rote Kreuz, dass es je eine Evakuierung gegeben hätte. Stattdessen ist die Rede von einem „Osterurlaub", der für die mittellosen Roma aus Mildtätigkeit organisiert worden sei. Die vorangegangenen Aufmärsche im Dorf werden zu einem „Hilferuf der Dorfeinwohner gegen die kriminellen Aktivitäten der Roma" hochstilisiert: Hilflosen alten Frauen sei wiederholt Obst sowie Holz gestohlen worden.

Unsere Recherchen ergeben: In den letzten zehn Jahren wurde von allen aufgeklärten Verbrechen im Dorf nur ein einziges von einem Roma begangen. In der Realität ist also von dieser angeblichen „Zigeunerkriminalität" keine Spur. Wir führen ein längeres Interview mit dem Romasprecher des Dorfes. Er schildert uns die Geschehnisse und erklärt ernst zu der Evakuierung: „Ich liebe meine Frau sehr! Seitdem wir verheiratet sind habe ich sie keinen Tag alleine gelassen. Warum sollte ich sie also alleine mit meinen Kindern wegschicken, wenn ich nicht ernsthaft um ihr Leben gefürchtet hätte? Ostern ist für uns ein heiliges Fest, an dem die Familie zusammen sein sollte!"

Als wahren Ursprung für die Spannungen zwischen den Roma und den Rest der Dorfbevölkerung erzählt man uns eine andere Geschichte: Direkt hinter den Häusern der Roma verläuft ein Fluss. Vor einigen Jahren zerstört ein Hochwasser drei der Häuser. Die obdachlos gewordenen Familien bekommen staatliche Hilfen für neue Unterkünfte. Der Versuch der betroffenen Roma, eine neue Bleibe im Dorfkern – also außerhalb ihrer Siedlung und sicher vor Überschwemmungen – zu erwerben, löst beim rassistisch eingestellten Teil der Dorfbevölkerung gehörigen Unmut aus. Ein älterer Mann begeht Selbstmord, da er befürchtet, direkter Nachbar einer Romafamilie zu werden. Sein Suizid ist der ausschlaggebende Punkt, durch den das jahrelange, friedliche Zusammenleben ein plötzliches Ende findet.

Gyöngyöspata ist kein Einzelfall

Das Land unmittelbar hinter der Romasiedlung von Gyöngyöspata wird von

der paramilitärischen Gruppe *Szebb Jövoért Polgáror Egyesület* gekauft, die dort militärische Übungen durchführt. Darüber hinaus wird die Siedlung eingekesselt und steht unter ständiger Beobachtung. Jeder Schritt, den ein Roma ins Dorf unternimmt, wird von Beschimpfungen und Drohungen begleitet. Ein 14-Jähriger Junge, der sich dies nicht gefallen lässt, wird von mehreren Anhängern der militanten Truppe brutal zusammengeschlagen und muss sich daraufhin im Krankenhaus behandeln lassen.

Im Schutz der Dunkelheit veranstalten mehr als 1 000 Milizionäre Fackelmärsche. Sie sind schwer bewaffnet und provozieren die in ihren Häusern verschanzten Roma mit Steinwürfen und Beschimpfungen. „Kommt raus ihr Zigeunerschweine, damit wir euch abschlachten können!" rufen sie und schwingen Peitschen, Knüppel und Messer. Einige tragen, so sagt man uns, sogar Schusswaffen bei sich. Es bleibt vorerst bei diesen Einschüchterungen und bei wenigen Verletzten. Das verspätete Anrücken der Polizei verhindert Schlimmeres. Die Polizeikräfte zeigen von nun an Präsenz im Dorf. Sie solidarisieren sich jedoch letztlich mit der Miliz und lassen sie weiterhin unbehelligt gewähren. Als sich Roma nach weiteren, massiven Bedrohungen verteidigen, greift die Polizei resolut ein und inhaftiert die Roma. Die Provokateure kommen ungeschoren davon und werden als Helden gefeiert.

Erst als nach Beschwerden von Roma die komplette Polizeibesatzung vor Ort ausgetauscht wird, kehrt so etwas wie Ruhe und Sicherheit zurück in das Dorf. Was bleibt ist die Angst. Wie soll es weitergehen? Was geschieht, wenn die Polizei wieder abzieht? Wie wird sich die Situation nach den anstehenden Wahlen entwickeln? Die Angst ist berechtigt. Attentate auf Roma häufen sich in Ungarn. Es gibt bereits einige Tote, darunter Frauen und Kinder. Und: Gyöngyöspata ist kein Einzelfall. In vielen Dörfern, besonders in Ungarns ärmlichen Nordosten, gibt es ähnliche Vorfälle. Bald wird in Gyöngyöspata gewählt. Schon jetzt sitzen Anhängerinnen und Anhänger, sowie Sympathisantinnen und Sympathisanten der Partei *Jobbik* in entscheidenden Positionen und agieren vehement gegen die Interessen der Roma. Die Roma des Dorfes sehen daher dem Wahltag mit Spannung und Furcht entgegen. Sollte der Kandidat der rechtsextremen Partei gewinnen, befürchten sie dramatische Verschlimmerungen ihrer Situation. Die Chancen dafür stehen nicht schlecht. Antiziganistische Propaganda kommt in weiten Teilen der ungarischen Mehrheitsbevölkerung gut an.

Der Sprecher der Roma von Gyöngyöspata erklärt uns zum Abschied noch: „Wir sind es leid, dass Journalisten hier herkommen und später unsere Aussagen aus dem Zusammenhang reißen oder nicht berücksichtigen. Wir wollen, dass unsere Geschichte unverfälscht in die Öffentlichkeit gebracht wird. Es geht uns nicht nur um uns oder die Roma Ungarns, sondern wir sehen eine Gefahr für alle Roma in Europa. Die Spuren, die der Holocaust hinterlassen hat, sind in vielen unserer Familien noch lebendig. Ereignisse wie in Gyöngyöspata wecken bei Vielen von uns schlechte Erinnerungen."

aus der Hinterland. Nr. 17 – Das Vierteljahresmagazin für kein ruhiges.

Der Rassismus der frühen Jahre

Ein Rückblick zwei Jahrzehnte nach den Pogromen von Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen. Von Heike Kleffner

Hoyerswerda, das ist doch schon zwanzig Jahre her und im Vergleich zu Rostock-Lichtenhagen doch relativ harmlos ausgegangen. So oder ähnlich lauten die Kommentare von politisch interessierten Mittvierzigern, wenn sie auf die Ereignisse im September 1991 in der ehemaligen sozialistischen Musterstadt mitten in Sachsen angesprochen werden. In wenigen Wochen jährt sich das erste rassistische Pogrom im vereinten Deutschland zum zwanzigsten Mal. Der Einfluss, den die Ereignisse jener September-Woche sowohl auf die extrem rechte Mobilisierung der gesamten 1990er Jahre, als auch auf den Alltag von Flüchtlingen, Migrantinnen und Migranten – und damit auch auf die antirassistischen Bewegungen und Selbstorganisierungen in Ost- und Westdeutschland – hatte, wird nach wie vor allzu leicht übersehen. Dabei war es der vielfache Tabubruch von Hoyerswerda, der unter anderen das tagelange Pogrom in Rostock-Lichtenhagen im August 1992 erst möglich machte.

Beifall beim fluchtartigen Abtransport

Die Fakten sind schnell erzählt. Schon am 11. September traten in Dresden Naziskins die Wohnungstür einer ehemaligen vietnamesischen Vertragsarbeiterin ein, verprügelten sie und traten der Schwangeren in den Bauch; kurz zuvor hatte dieselbe Angreifergruppe einen mosambikanischen Mann mit einem Schuss in den Kopf schwer verletzt. Am 17. September 1991 griffen Naziskins dann in der damals noch über 50 000 Köpfe zählenden Stadt in der Lausitz zunächst einige vietnamesische Händler und Händlerinnen auf offener Straße an. Am nächsten Tag griffen dann mehrere Dutzend Naziskins mit Molotow-Cocktails und Steinen ein Wohnheim für ehemalige DDR-Vertragsarbeiter und -arbeiterinnen aus Mosambik und Vietnam mitten in einem der riesigen Plattenbau- wohnkomplexe der Stadt an. Die rund 70 Frauen und Männer fürchteten um ihr Leben, denn eine völlig überforderte Polizei ließ die Angreifer weitgehend gewähren – während die Nachbarschaft teilnahmslos zusah, wie sämtliche Fenster des Heims eingeworfen wurden oder gar Beifall klatschte. Die ehemaligen Vertragsarbeiter und Vertragsarbeiterinnen waren mehrheitlich in den 1980er Jahren in die DDR gekommen und hatten im Braunkohletagebaubetrieb VEB Schwarze Pumpe gearbeitet. Ihre Arbeitsverträge mit der Nachfolgegesellschaft Lausitzer Braunkohle AG (LAUBAG) wären frühestens Ende 1991 ausgelaufen. Die meisten der Betroffenen hatten sich aber auf eine frühere Beendigung ihrer Arbeitsverträge eingelassen. Sie bestanden jedoch auf der Auszahlung einer so genannten Rückkehrhilfe in Höhe von 1 500 Euro (damals ca. 3 000 D-Mark), die zu einem Gesamtpaket gravierender Änderungen der Aufenthalts- und Arbeitsbedingungen für die ehemalige DDR-Vertragsarbeiterschaft gehörte. Diese hatte die letzte DDR-Regierung unter Ministerpräsident Lothar de Maiziere im Rahmen einer Änderung der bestehenden Regierungsabkommen mit den ehemaligen Entsendestaaten Angola, Mosambik und Vietnam, ausgehandelt.

Mitten in die Verhandlungen mit der LAUBAG um die Zahlung der Rückkehrhilfen platzte dann das Pogrom. Unter den Angreifenden erkannten die Vertragsarbeiterinnen und Vertragsarbeiter ihre deutschen Kollegen – vor allem Vorarbeiter – aus dem Braunkohlewerk. Fast alle Vertragsarbeiterinnen und -arbeiter verließen Hoyerswerda bereits am zweiten Tag des Pogroms. Ihr „Begleitschutz" von der sächsischen Polizei brachte sie – unter dem Beifall der Zuschauerinnen uns Zuschauer an den umliegenden Fenstern und Balkonen – mehrheitlich direkt zum Flughafen, von wo sie nach Mosambik zurückkehrten.

Jagdzeit in Sachsen

Ermutigt durch ihren Erfolg richteten die rassistischen Angreifer ab dem 19. September 1991 ihre Attacken gegen

ein weiteres Wohnheim inmitten der Plattenbausiedlungen, in dem seit dem Frühsommer 1991 rund 240 Flüchtlinge wohnen mussten. Die Betroffenen – unter anderen aus Vietnam, Rumänien, Ghana, Iran, Bangladesch – waren aus Heimen in den alten Bundesländern nach Sachsen zwangsumverteilt worden. Sie wurden am 21. September 1991 frühmorgens in Bussen des sächsischen SEK aus Hoyerswerda abtransportiert. Aus der johlenden Menge Schaulustiger wurden Steine und Wurfgeschosse auf die Busse geschmissen: „Jagdzeit in Sachsen", titelte der Spiegel am 30. September 1991.

Während die Sicherheitsbehörden öffentlich behaupteten, die Betroffenen seien in „Sicherheit" gebracht worden und ihr Aufenthalt dürfe zu ihrem eigenen Schutz nicht bekannt werden, recherchierten antirassistische Gruppen schnell, dass die Flüchtlinge zumeist gegen ihren Willen in baufälligen Barackenheimen unter anderen an Waldrändern von Kamenz, Schwarzkollm und Weißwasser in der Niederlausitz – den Schauplätzen von Otfried Preußlers Jugendroman „Krabat" – untergebracht worden waren. Mehr als 50 Flüchtlinge nahmen dann das Angebot der Unterstützerinnen und Unterstützer an und kamen nach Berlin. Dort besetzten sie gemeinsam mit einem antirassistischen Bündnis zunächst die Passionskirche in BerlinKreuzberg, um auf ihre Forderung aufmerksam zu machen: ein Ende aller Zwangsverteilungen von Flüchtlingen in die Ex-DDR. Parallel dazu demonstrierten dann am 30. September 1991 rund 4 000 bis 5 000 unabhängige, autonome Antifas, aber auch eine bürgerliche Plattform von Antirassistinnen und Antirassisten aus Kirchenkreisen und Grünen in Hoyerswerda. Schon in der Pogromwoche waren mehrfach antifaschistische und aktive Autonome nach Hoyerswerda gefahren, um den Flüchtlingen ihre Solidarität zu zeigen und Naziskins und Claqueure zur Rechenschaft zu ziehen.

Rassistischer Flächenbrand

Und während sich die autonome Antifa vor allem darüber stritt, ob den Einwohnerinnen und Einwohnern von Städten wie Hoyerswerda lediglich noch mit Strafexpeditionen begegnet werden sollte, breitete sich der rassistische Flächenbrand rasant in Ost- und Westdeutschland aus. Am 15. September 1991 überfielen im sächsischen Leisnig Vermummte mit Knüppeln und Molotow-Cocktails bewaffnet, ein Flüchtlingsheim und verletzten einen vietnamesischen Mann. Am 19. September 1991 verbrannte der ghanaische Flüchtling Samuel Yeboah (27) bei einem Brandanschlag von Naziskins auf ein Flüchtlingsheim in Saarlouis (Saarland). Im sächsischen Thiendorf griffen Jugendliche ein Flüchtlingsheim an, zerstörten die Einrichtung und verletzten acht Menschen. In Freital bei Dresden und in Bredenbeck bei Hannover schleuderten Neonazis Molotowcocktails auf Flüchtlingsheime; dort gab es Sachschäden. Im brandenburgischen Cottbus machte die Nationale Alternative (NA) gegen die dortige Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber mobil; weitere Brandanschläge zum Beispiel in Münster, in March (Südbaden) und Tambach-Dietharz (Thüringen) folgten.

Begleitet wurde diese rassistische Mobilisierung von einem schizophrenen Medienrauschen: Einerseits kommentierten zumeist westdeutsche Journalistinnen und Journalisten den nackten rassistischen Hass als Zivilisationsbruch; andererseits sekundierte unter anderen der Spiegel am 9. September 1991 mit einem Bild eines schwarz-rot-gold angemalten Kahns voller Menschen unter dem Titel „Flüchtlinge, Aussiedler, Asylanten: Ansturm der Armen" den rassistischen Schlägern. Und so setzt genau zu dieser Zeit die Lebenslüge einer ganzen Generation politisch Verantwortlicher und zuschauender Ost-Bürgerinnen und Bürger ein. Auf dem Höhepunkt der medial-politischen Allianz titelte die Bild-Zeitung am 23. Januar 1993: „Fast jede Minute ein neuer Asylant. Die Flut steigt – wann sinkt das Boot?" – war die Abschaffung des bis dato in Art. 16 Grundgesetz verankerten Rechts auf Asyl schon beschlossene Sache. Im August 1992 brannte es noch in Rostock-Lichtenhagen: dort griffen rassistische Schläger und Naziskins unter grölendem Beifall von mehr als 3 000 Bürgerinnen und Bürgern tagelang zunächst die Zentrale Aufnahmestelle für Asylsuchende an und setzten dann mit Molotow-Cocktails ein Wohnheim mit rund 100 vietnamesischen Vertragsarbeiterinnen und -arbeitern in Brand, während sich Polizei und Feuerwehr tatenlos zurückzogen. Unter Verweis auf die beiden rassistischen Pogrome von Hoyerswerda und Rostock erklärten Politiker der regierenden CDU/CSU/FDP-Koalition, der Bevölkerung fehle die weitere Akzeptanz für den „unkontrollierten Zustrom" von „Ausländern". Daher müsse das Grundrecht auf Asyl grundlegend „reformiert" werden.

Schande „Asylkompromiss"

Rund 400 000 Asylsuchende und Bürgerkriegsflüchtlinge hatten seit dem

Zusammenbruch des Warschauer Pakts und dem Beginn der Jugoslawien-Kriege in Deutschland Zuflucht gesucht: Roma aus Rumänien und Polen, die vor pogromartigen Angriffen flohen; Familien und Alleinfliehende aus Bosnien, Serbien und Kroatien, die den nationalistischem Morden entfliehen wollten; Flüchtlinge aus Westafrika, Pakistan und Bangladesh sowie weiteren internationalen Krisenregionen. Am 1. Juli 1993 stimmten dann zwei Drittel aller Bundestagsabgeordneten – eine große Koalition aus den Regierungsparteien CDU/CSU und FDP sowie der von Oskar Lafontaine geführten oppositionellen SPD – der de-facto-Abschaffung des grundgesetzlich verankerten Rechts auf Asyl zu und ersetzten Artikel 16 Abs. 2 Satz 2 GG – „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht" – durch den neuen Art. 16a GG. Weitere Bestandteile des so genannten „Asylkompromisses" waren die Einführung des Asylbewerberleistungsgesetzes (1. November 1993), sowie die Schaffung eines eigenständigen Kriegsflüchtlingsstatus (§ 32a Ausländergesetz). Seitdem gelten in Deutschland die Prinzipien der „sicheren Drittstaaten" und der „sicheren Herkunftsstaaten" sowie die Flughafenregelung.

Antirassistische Gruppen hatten mit einer Blockade am Tag der Abstimmung des damals noch in Bonn ansässigen Bundestages vergeblich versucht, die Abgeordneten von der Grundgesetzänderung abzuhalten. In den Jahren zwischen 1991 und 1993 hatten antirassistische Gruppen unter anderen in Norderstedt und Tübingen Flüchtlinge bei Kirchenbesetzung unterstützt, mit denen sie gegen ihre Zwangsverteilung in die ehemalige DDR protestierten. In Berlin hatten antirassistische Gruppen das dritte Stockwerk des Mathegebäudes der Technischen Universität (TU) besetzt und dort ein Antirassistisches Zentrum ausgerufen, in dem zeitweise mehr als 100 Flüchtlinge lebten, die aus Heimen in den neuen Bundesländern geflohen waren. Doch der Kampf gegen die Zwangsverteilungen mittels Besetzungen verlief äußerst mühsam und war langwierig und zermürbend. Antifaschistische und autonome antirassistische Gruppen verbrachten fast jedes Wochenende vor bedrohten Flüchtlingsheimen und alternativen Jugend- und Wohnprojekten. Und fast nebenher reduzierte die Bundesrepublik durch restriktive Ungleichbehandlung die Zahl der ehemaligen Vertragsarbeitnehmerinnen und -arbeitnehmer aus Vietnam (rund 70 000) und Mosambik (rund 18 000 zum Ende der DDR) um rund Dreiviertel.

Echte historische Verantwortung

Fünf Jahre nach dem Pogrom von Rostock-Lichtenhagen schrieb ein anonymer Autor im Antifaschistischen Infoblatt Nr. 41 (AIB) der Bewegung den folgenden Satz ins Merkbuch: „Für die Zukunft müssen wir Lehren ziehen. Statt stets und überall verbal mit radikalen Parolen um uns zu werfen, statt in jedem Einzelereignis die Nagelprobe zu wittern, müssen wir lernen zu erkennen und zu unterscheiden, wann eine echte historische Verantwortung besteht, wann der Lauf der Dinge von unserem Handeln und Unterlassen tatsächlich bestimmt wird." Ein Satz, der auch zwanzig Jahre nach dem Pogrom von Hoyerswerda und der Kapitulation der autonomen Antifaschistinnen und Antifaschisten vor dem rassistischen Mob in Rostock-Lichtenhagen wenig an Gültigkeit verloren hat.

Literatur und Filme zum Nach- und Weiterlesen beziehungsweise -schauen:

- Schmidt, Jochen: Politische Brandstiftung. Warum 1992 in Rostock das Ausländerwohnheim in Flammen aufging. Edition Ost, Berlin 2002.
- Antifaschistisches Infoblatt Nr. 41, November /Dezember 1997
- BUKO-Arbeitsschwerpunkt Rassismus und Flüchtlingspolitik (Hg.): Zwischen Flucht und Arbeit – Neue Migration und Legalisierungsdebatte. Verlag Liberatäre Assoziation, Hamburg 1995.
- „Viele habe ich erkannt" (D 1992/25Min.), Julia Oelkers/Lars Maibaum. Dokumentarvideo mit einem ehemaligen Vertragsarbeiter aus Hoyerswerda zum Pogrom: Bestellbar über: autofocus Videowerkstatt: www.videowerkstatt.de/
- „Die Wahrheit lügt in Rostock/The truth lies in Rostock" (GB/D, 78 Min.) Dokumentarfilm über die Hintergründe und die Nächte des Pogroms von Rostock-Lichtenhagen: bestellbar u.a. bei autofocus Videowerkstatt: www.videowerkstatt.de.

Aus: Hinterland 17/2011

KRIEG DER STEINE

Bei Fabian Hofmann begann es mit einer Demonstration gegen rechts. Er erinnert sich genau: die Polizei fährt Wasserwerfer auf, Linke zünden Mülltonnen an. „Da hab ich meinen ersten Pflasterstein in die Jacke gesteckt", sagt er. „Und später auch die erste Flasche geworfen." Er war achtzehn. Heute, mit 25, sagt Hofmann: „Militanz ist kein Hobby, sondern eine Haltung."

Es ist Freitag, 19 Uhr, ein warmer Junitag geht zu Ende, der Behördenfeierabend hat längst begonnen. Aber Stefan Redlich, Dezernatsleiter des Berliner Staatsschutzes, hat sich Überstunden verordnet. Er trägt ein grünes Leibchen über dem hellroten Polohemd, vor dem Bauch eine schwarze Hüfttasche. Redlich ist seit vier Jahren zuständig für rechten und linken Extremismus in der Hauptstadt. Der Ermittler schaut hoch: Fliegen jetzt Steine? Mindestens einmal im Monat mischt sich der Kriminaloberrat auf einer Demonstration unter die Leute. Redlich will selbst sehen und hören, mit wem er es zu tun hat. Im Berliner Bezirk Mitte beginnt eine NPD-Kundgebung. Redlich steht vor einem

Extreme Bullen und Nazis haben es verdient. Aber Rechte am Boden tritt er nicht. Das sind seine Regeln. Die Polizei hat ihn schon zu Hause besucht. Trotzdem weiß sie wenig über das, was Politiker linke Gewalt nennen

Das erste Ziel steht in Berlin-Kreuzberg, inmitten von Altbauten, neu und strahlend weiß. Luxusapartments mit Fahrstühlen für Autos und persönlichen Parkplätzen auf der Loggia. In dieser Nacht im Februar 2011 werfen Vermummte Steine gegen die Fassade. Glas springt, Farbe rinnt an einem Fenster herunter. Der Wachmann sieht nur dunkle Gestalten verschwinden, als er seinen Container verlässt. So wird er das später erzählen. Die Ziele sind quer über die Stadt verteilt. Das letzte ist eine Sparkasse. Maskierte zerstören Kontoauszugsdrucker und einen Geldautomaten. An die Wand sprühen sie krakelige, rote Buchstaben: „L14 bleibt". Als Spezialkräfte der Polizei das besetzte Eckhaus mit der Nummer 14 in der Berliner Liebigstraße erklimmen, um es zu räumen, geht die Nacht der Anschläge zu Ende. Irgendwo ist auch Fabian Hofmann unterwegs. Er wird das nachher fast beiläufig erwähnen. Keine Details. Er heißt auch nicht Hofmann. Sonst könnte er ja gleich ins Polizeipräsidium gehen und sich zu Stefan Redlich durchfragen, Abteilung Staatsschutz, um zu gestehen. Hofmann ist Autonomer und Autonome sind vorsichtig. Das macht die Arbeit des Kriminaloberrats Redlich so schwierig. Bevor Fabian Hofmann loszieht, kontrolliert er sein Outfit: Lugt noch etwas Buntes heraus? Steckt ein Button an der Jacke? Könnte ihn etwas verraten? Neun Pressemitteilungen schreibt die Berliner Polizei nach dieser Februarnacht. Entglaste Banken, angezündete Autos. Die Krawalle wegen der Räumung der „Liebig 14" sind nur der Anfang. Allein in der Hauptstadt gingen seit Jahresanfang mehr als 160 Autos in Flammen auf. In Rostock brannten Bundeswehrlaster. 1 626 linke Straftaten zählte die Polizei deutschlandweit in den ersten drei Monaten diesen Jahres – und sechzig Prozent mehr Gewalttaten als im ersten Quartal 2010. Der niedersächsische Innenminister von der CDU, Uwe Schünemann, wähnt die Szene an der „Schwelle zu einem neuen Linksterrorismus". Bei der RAF habe es auch mit Brandanschlägen angefangen.

Die Minister, ihre Verfassungsschützer, Staatsschützer und Polizisten haben ein Problem: Fast keiner der linken Täter wird gefasst, geschweige denn verurteilt. Die militante linksradikale Szene in Deutschland ist eine Szene ohne Gesichter. Sie hat keine prominenten Wortführer, veranstaltet keine Parteitage. Wenn Fabian Hofmann bei Demonstrationen im Schwarzen Block läuft, wird er zu einem Kopf unterm Kapuzenpulli. Basecaps, Schals, Sonnenbrillen. Nur selten kann die Polizei beweisen, wer eine Flasche oder einen Stein geworfen hat.

Mannschaftswagen der Polizei. Er beobachtet, wie sich die linken Gegendemonstranten verhalten. Dunkle Shirts, viele in kurzen Hosen, schwarz oder khaki. Stefan Redlich schaut nach oben auf eine Dachterrasse. Von dort klatschen Wasserbomben auf die Rechtsextremen herunter. Redlich hält Ausschau: Fliegen jetzt Farbbeutel? Steine?

Sein Bild der Szene ist klar, aber es besteht aus Panorama-Ansichten. Er kann referieren, was die Autonomen gerade debattieren, für welche militanten Aktionen sie sich rühmen, für welche nicht. Ein eloquenter Kriminalist. Nur wenn es um Fahndungserfolge geht, wird der 44-Jährige wortkarg. Was ihm fehlt, sind die Nahaufnahmen. Die Lage ist paradox. Seine Beamten kennen Menschen wie Fabian Hofmann. Doch sie bekommen sie nicht zu fassen. Redlich freut sich schon, wenn sie es schaffen, einen mutmaßlichen Straftäter aus der linken Szene vor Gericht zu bringen. „Auch wenn letztlich niemand verurteilt wird, lassen solche Prozesse die Szene nicht unbeeindruckt", sagt er. Die Fahndung nach linken Gewalttätern – sie macht offenbar bescheiden. Die Sicherheitsbehörden wissen wenig über die militante linke Szene, selbst ihre Struktur scheint nur in groben Zügen bekannt. Sie kennen zwar Namen von Autonomen, die ihnen als gewalttätig oder gewaltbereit aufgefallen sind. Mehr als 700 Profile von Aktivisten aus ganz Deutschland hat der Verfassungsschutz in einer neuen Datei über linke Gewalttäter gesammelt. Doch was die zusätzliche Datei bisher gebracht hat, können auch jene nicht erklären, die ihren Inhalt kennen. Gut möglich, dass Stefan Redlich bei einer Demo schon einmal neben Fabian Hofmann hergelaufen ist. Vielleicht hat der Staatsschützer seinen Namen sogar schon einmal in einer Akte gelesen. Denn die Polizei hatte Hofmann im Visier. Er stand wegen eines Flaschenwurfs vor Gericht. Polizisten belasteten ihn, es sah nicht gut aus. Hofmann verweigerte die Aussage und wurde freigesprochen, mangels Beweisen. Sein bislang einziger Prozess, erzählt er. Obwohl er seit sieben Jahren gewalttätig ist.

Abends wird der Kaufmann zum Autonomen

Ein Frühsommerabend, warmer Regen prasselt vom Himmel. Als Treffpunkt hat Fabian Hofmann ein linkes Café vorgeschlagen, in einem jener Kieze, die als alternativ galten, bis sie von gut verdienenden Familien übernommen wurden. Hofmann ist ein unauffälliger Typ. Legerer Look, alles schwarz, wie die meisten Gäste. Man kennt und grüßt sich. Tagsüber arbeitet Hofmann als Bürokaufmann, 40-Stunden-Woche: „Es geht nicht immer nach dem Wunschprinzip." Fabian Hofmanns zweites, sein eigentliches Leben, beginnt nach Feierabend in der Antifa-Gruppe. Wenn die Szene zur Demo ruft, wird er zu einem von denen, die man später im Fernsehen sieht. Im Schwarzen Block. Hofmann hat Steine und Flaschen auf Polizisten geworfen. Er hat rechtsextreme Demonstranten attackiert. Und als im Februar das Haus in der Berliner Liebigstraße geräumt wurde, folgte auch er dem Aufruf, die Räumung „zum Desaster" zu machen. Gute, „zielgenaue" Aktionen seien das gewesen, sagt er. Mit hohem Schaden.

Seine Freundin ist mitgekommen. Sie hätte gern einen Latte macchiato. Latte macchiato! Kannst du nicht was Vernünftiges trinken, fragt er. Einer dieser Scherze, die sehr ernst gemeint sind. Latte macchiato – ausgerechnet in einem Viertel, wo Mütter den Nachwuchs gerne im Tausend-Euro-Kinderwagen spazieren fahren, mit Latte-to-go-Halter an der Lenkstange.Gerade hat er die farbige Skizze eines Spielplatzgeländes von der Hauswand gerissen, wetterfest in Folie eingeschweißt. Die Verwaltung kündigt den Anwohnern die „Aufwertung" des Spielplatzes an. Das macht ihn wütend: „Sogar die Spielplätze werden hier jetzt schon aufgewertet!" Die Reichen rücken vor, die Schwachen sollen weg. Gentrifizierung. Es sind Dinge, über die sich viele im Kiez aufregen. Aber Fabian Hofmann liest solche Zettel wie Aufforderungen zum Widerstand. Notfalls mit Gewalt. Wenn Hofmann über Kapitalismus und Ausbeutung redet, könnte da auch ein Nachwuchsmitglied der Linkspartei sitzen. Es sind ähnliche Motive, die ihn antreiben. Mitmachen, etwas bewegen. Nur glaubt Fabian Hofmann nicht an Parteipolitik. Die Kluft zwischen Armen und Reichen werde immer größer in Deutschland. Da sei es wichtig, auch mal „seine Wut zu artikulieren". So denken gar nicht

wenige junge Leute. Aber die meisten von ihnen artikulieren ihre Wut, indem sie Schilder auf Demos hochhalten oder ironische Protestgruppen auf Facebook gründen – wenn überhaupt. „Wollen wir weiter nur Tafeln und Umsonstläden aufziehen oder die Verhältnisse von Grund auf ändern", fragt Fabian Hofmann. Er hat seine Antwort gefunden. Er glaubt, dass er so mehr bewegt. Und er spürt das Adrenalin, wenn die ersten Flaschen fliegen. Er würde das wahrscheinlich selbst nie so sagen, aber manchmal muss sich Fabian Hofmann wie der Held in einem Hollywoodfilm fühlen.

G-8-Gipfel, Rostock, 2007. Mit Hunderten anderen treibt er die Polizisten vor sich her. Da ist er, unter Autonomen, die sich vor niemandem rechtfertigen müssen, nicht vor Parteichefs oder Vereinsvorständen – nur vor sich selbst. Freiheit. Und da sind die Schurken, die sie bekämpfen: Die Reichen. Die Nazis. Die Bullen. Der ganze Staat. Repression. Gut gegen Böse. Er ist der Gute. Er ist für die gerechte Sache. Gegen das, was er „strukturelle Gewalt" nennt. Dagegen, dass der Staat Waffen verkauft, Menschen abschiebt, sie einsperrt. Das ist seine Motivation und seine Rechtfertigung. Seine eigene Gewalt nennt er Militanz. „Ich geh nicht nur auf Demos, weil mich das geil macht und ich das brauche", sagt Fabian Hofmann. „Militanz ist nicht geil. Eher unangenehmes, notwendiges Beiwerk." Manche Themen, sagt er, kämen eben erst durch Krawalle auf die Agenda.

Einmal standen Beamte bei ihm vor der Tür: Eine Gefährderansprache, so nennt die Polizei Hausbesuche bei Aktivisten kurz vor Demos. Wieder so ein Filmmoment. Er wirkt nicht, als hätte ihn das eingeschüchtert. Vielleicht, weil er genau so wirken will. Vielleicht aber auch, weil er weiß, wie wenig die Staatsschützer wissen. Im Café sitzt in diesem Moment ein umgänglicher Typ, der über sich selbst lachen kann. Hofmann ist kein großer Theoretiker, keiner der linke Vordenker zitiert. Er folgt den eigenen, vagen politischen Maximen. Die Regeln setzt sich jeder Autonome selbst. Fabian Hofmann fasst seine so zusammen: Rechtsextreme und Polizisten haben's verdient. Aber auf einen Neonazi, der am Boden liegt, prügelt man nicht mehr ein. „Bei Autonomen gibt es keinen Bordsteinkick." Man greift auch nur Polizisten an, die Helm und Schutzkleidung tragen. „Wenn ich eine Flasche auf Polizeibeamte werfe, muss ich mich hinterher fragen: War das notwendig? War das gerechtfertigt?"

Eine neue RAF? Nein, nein, sagt der Verfassungsschutz Fabian Hofmann sagt: „Ich greife ja nicht den Menschen an, sondern die Uniform, die für die Systemgewalt steht." Er will niemanden töten. Wie hunderte andere gewaltbereite Autonome. Bis zu 6 200 sollen es deutschlandweit sein, sagt der Verfassungsschutz. Rund 950 in der Hauptstadt. In den vergangenen Monaten sind sie wieder sichtbarer geworden. Brandsätze flogen auf eine Polizeistation. Angezündete Kabel legten den

Nahverkehr lahm. Immer wieder brennen Autos. Seit die Zahl linker Straftaten steigt, streiten sich Innenpolitiker, wie gefährlich die gewaltbereite linke Szene ist. Einige ziehen diese RAF-Vergleiche.

Artur Hertwig hält das für falsch. Hertwig, schlanker Schnauzbart, dunkle Krawatte auf rosa Hemd, ist ein alt

gedienter Direktor im Bundesamt für Verfassungsschutz. Er wägt jedes Wort, bevor es den von Zaunringen umgrenzten Behördenbetonkoloss am Kölner Stadtrand verlässt. „In Fällen von Massenmilitanz ist es schwierig, Straftäter eindeutig zu identifizieren", sagt er. Und bei „klandestinen Aktionen" sorge „ein hohes Maß an Konspiration für ein minimales Entdeckungsrisiko." Es sei daher nicht möglich, „belastbare Aussagen über die Zusammensetzung der Täterkreise zu machen". Übersetzt heißt das: Der Verfassungsschutz hat in diesem Milieu einfach wenig Durchblick. Hertwig spricht zwar von einer „neuen Welle linksextremistischer Gewalt", von „Ansätzen für eine stärkere Verbalradikalisierung". Die Vorstufe zu einem neuen Linksterrorismus könne er derzeit aber wirklich nicht erkennen.

Stefan Redlich hat sein Büro im Berliner Polizeipräsidium, einem wuchtigen Altbau mit endlosen Fluren. Die Abteilung liegt hinter einer Sicherheitstür. Selbst der Polizeisprecher kommt nicht mit seiner Chipkarte durch, wenn er Besucher herumführt. Er muss warten, bis ihn jemand abholt. Heute macht Redlich das selbst. Er gibt sich gern locker: „Guten Tag, Redlich!" Das sei übrigens sein Klarname. Erwartungsvolles Grinsen. Vermutlich hat er den Scherz öfter getestet. Redlich verschwindet hinter einer Tür, einer der wenigen auf diesem Flur, die außen ein Schlüsselloch und einen Knauf haben. Kurz darauf geht eine zweite Tür von innen auf. Sie führt in einen kahlen Konferenzraum. Der Pressesprecher sieht angespannt aus. Die Ermittlungen der Polizei gegen linke Straftäter zu verkaufen – keine schöne Aufgabe dieser Tage. Redlich ist kein Scharfmacher. Andere nutzen Kriminalitätsstatistiken, um mehr Personal oder neue Ermittlungsbefugnisse für die Polizei zu fordern. Redlich will nicht einmal von einem „sprunghaften Anstieg" der linken Gewalt sprechen: „Wir beobachten phasenweise immer mal wieder eine hohe Aktionsbereitschaft."

Und die RAF? Die drei Buchstaben bringen ihn auf. „Was wir momentan beobachten, hat mit der RAF nichts zu tun. Wer das herbeiredet, betreibt reine Stimmungsmache." Die „gezielte Tötung von Menschen" gelte in der linken Szene weiterhin als „nicht vermittelbar". Genau das aber wollten linke Gewalttäter: „vermittelbare" Taten. Sonst müsste sich Fabian Hofmann vielleicht fragen, ob er wirklich einer der Guten ist.

Vor Stefan Redlich auf dem Konferenztisch im Polizeipräsidium liegt eine Broschüre des Berliner Verfassungsschutzes. Es ist eine der wenigen Untersuchungen über linke Gewalttäter. Darin steht: Der autonome Straftäter ist jung, männlich, halbwegs gebildet. Doch selbst Verfassungsschützer zweifeln an der Aussagekraft. Die Linken saufen nicht – um keine Fehler zu machen. Natürlich können auch Redlichs Ermittler das Profil jener auswerten, die bei Großereignissen wie der Liebigstraßen-Räumung oder am 1. Mai festgenommen werden. Doch was sagt das schon aus? „Man erwischt hier nicht den Durchschnittstäter", sagt der Dezernatschef, „sondern eher den jungen Mann im weißen Trainingsanzug mit der Leuchtkappe." Mitläufer, die sich freuen, wenn es knallt. Redlich ist bewusst, dass es Autonome gibt, die jahrelang randalieren, ohne je vor Gericht zu kommen. Im Gegensatz zu Neonazis betrieben sie oft „einen erheblichen Aufwand", um keine Spuren zu hinterlassen. Sie begingen die Straftaten möglichst „giftfrei" – ohne Alkohol oder Drogen. Um dumme Fehler zu vermeiden. Während Fabian Hofmann im Café erzählt, trinkt er Kakao. Viele in der Szene, sagt Redlich, hätten außerdem eine „extreme Phobie" gegen Handys. „Und wer nicht über Handy kommuniziert, kann auch nicht abgehört werden." Wird doch mal jemand geschnappt, schweigt er meist. „Die sagen nicht mal: Mir geht's heute gut, ich komme aus Bayern", sagt Redlich.

Schweigen füllt keine Akten. Der letzte wirkliche Fahndungserfolg gelang im Juli 2007. Die Berliner Polizei fasste drei Mitglieder der „militanten gruppe", als die versuchten, Lkws der Bundeswehr in Brandenburg anzuzünden. Ein Altenpfleger, ein Sozialarbeiter, ein Buchhändler. Zwei 35, einer 46 Jahre alt. Keiner vorbestraft. Sie hatten sich in Internetcafés abgesprochen, über die Entwurfsordner von E-Mail-Accounts, mit Tarnnamen. Fabian Hofmann nennt seine Szene „paranoid". Er wirkt ein bisschen belustigt dabei.Wenn ihn aber ein Unbekannter auf einer Demo anspricht, schweigt er – es könnte ja ein

Zivilpolizist sein. Stefan Redlich kennt die Grenzen der Polizeiarbeit und er traut sich, sie öffentlich einzugestehen. „Alleine mit polizeilichen Mitteln schaffen wir es nicht, diese Gewalt einzudämmen", sagt Redlich. Er wünscht sich eine „gesellschaftliche Ächtung" linker Übergriffe. Die Bürger müssten begreifen, was linksextreme Gruppen wirklich wollten: den Angriff aufs demokratische System. Auf Themen wie Tierschutz oder Atomausstieg setzten sie nur aus strategischen Gründen.

Will er einen neuen Aufstand der Anständigen? Diesmal gegen die anderen? Linksextreme seien „keine rotlackierten Nazis", sagt Redlich. „Eine Lichterkette für einen geschädigten Immobilienbesitzer ist schwer vorstellbar." Dann muss er selbst kurz lachen. Vorerst kann er nur weitermachen und auf Fehler der Autonomen hoffen. Kürzlich haben sie nachts zwei Männer gefasst, die sie für Autobrandstifter halten. Die ersten in diesem Jahr. 24 und 43 Jahre alt, die beiden hatten Grillanzünder dabei. Ein Erfolg, endlich. Redlich erzählt gerne davon. Die Polizei musste ein paar Nächte nicht wegen brennender Autos ausrücken. Redlich ist überzeugt: Festnahmen schrecken ab. Er glaubt an ihre Signalwirkung, auch an die von Gefährderansprachen. Stefan Redlich versichert, er kenne nur einen Linksautonomen, der nach einer Ansprache wieder aufgefallen sei.

Fabian Hofmann kennt noch einen anderen.

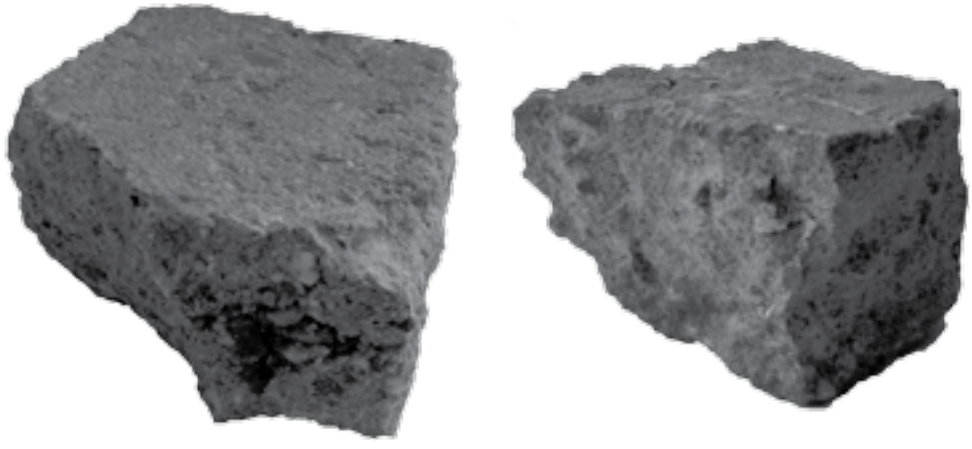
Geklaut aus: tageszeitung (taz) vom 16.07.2001

zu den Autor_innen:
Astrid Geisler, 36, ist taz-Reporterin. Neulich warf jemand einen blauen Farbbeutel auf ihr Haus
Konrad Litschko, 27, taz-Berlin-Redakteur, hat mal eine Tomate auf eine Nazi-Demo geworfen

Die Politik: „In ihrer menschenverachtenden Art schenken sich Links- und Rechtsautonome nichts", behauptet Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU). Er verteidigt seinen niedersächsischen Kollegen, Innenminister Uwe Schünemann (CDU), der vor einem neuen Linksterrorismus warnt. „Ich denke, wenn der Trend so anhält, muss man wohl die Besorgnis haben, dass er Recht hat."

Die Szene: Der Staatsschutz unterscheidet zwischen Straßengewalt – also dem Schwarzen Block – und klandestinen militanten Gruppen. Überschneidungen gebe es kaum. Im Schwarzen Block seien meist anpolitisierte junge Männer zwischen 16 und Ende 20, die klandestinen gelten als älter und theorieaffiner. Die Autobrände werden linken Einzeltätern zugeschrieben und unpolitischen, erlebnisorientierten Jugendlichen.

Die Polizei: 2009 sank bundesweit die Zahl linker Straf- und Gewalttaten. 2010 änderte sich der Trend. Die Polizei zählte in den ersten drei Monaten schon 1 626 linke Straftaten – ein Anstieg um mehr als 60 Prozent. Die Zahl der Gewalttaten stieg von 175 auf 305.



ENGLISCH STATT ARABISCH

Die Bundesregierung begrüßt die am Samstag offiziell vollzogene Abspaltung des Südsudan und kündigt eine enge Kooperation mit dem neuen Staat an. Deutschland werde die Regierung in Juba auch weiterhin beim Aufbau funktionierender staatlicher Strukturen unterstützen, teilen Kanzlerin und Außenminister mit. Die Bundesrepublik trägt bereits seit den 1990er Jahren maßgeblich dazu bei, dass das rohstoffreiche Gebiet sich von Khartum lösen und die Sezession vorbereiten konnte. Zuvor hatte Bonn jahrzehntelang eine enge Kooperation mit der sudanesischen Zentralregierung unterhalten, die als Partner im Kalten Krieg gegen den Einfluss der realsozialistischen Staaten in der arabischen Welt und in Ostafrika diente. Für seine Loyalität wurde Khartum seit Ende der 1950er Jahre mit intensiver Polizei- und Militärhilfe belohnt; die Bundesrepublik lieferte Schusswaffen und schweres Kriegsgerät, das im Bürgerkrieg gegen die südsudanesischen Sezessionisten genutzt wurde. Erst das Ende des Kalten Krieges sowie die in den 1990er Jahren beginnende Auseinandersetzung mit der arabischen Welt weckten in Bonn und Washington ein geostrategisches Interesse an der Schwächung des früheren Verbündeten Khartum. Jüngstes Ergebnis ist die vom Westen forcierte Abspaltung des Südsudan.

Durchgepeitscht

Die Bundesregierung, die die Abspaltung des Südsudan bereits seit den 1990er Jahren maßgeblich forciert hat, hat in der jüngsten Zeit ihre Unterstützung für Juba deutlich verstärkt. Bereits am 15. Juni hat das Bundeskabinett beschlossen, die Sezession völkerrechtlich anzuerkennen. Diesen Schritt hat der Bundespräsident noch am Samstag vollzogen und damit die sofortige Aufnahme diplomatischer Beziehungen ermöglicht. Ende Juni hat der Berliner Außenminister den Sudan bereist und mit Khartum wie mit Juba letzte Gespräche geführt. Kanzlerin und Außenminister haben Anfang letzter Woche den Vorsitzenden der Kommission der Afrikanischen Union, Jean Ping, empfangen und mit ihm ebenfalls über die Abspaltung konferiert. In einem Eilverfahren hat die Regierung den Beschluss durch das Parlament gepeitscht, bis zu 50 deutsche Soldaten im Rahmen der neuen United Nations Mission in the Republic of South Sudan (UNMISS) einzusetzen. Kanzlerin und Außenminister erklärten am Samstag, die Bundesregierung werde auch künftig am Aufbau staatlicher Strukturen im Südsudan mitwirken. Damit ist schon seit Jahren die bundeseigene Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) befasst.

Komplett neu ausgerüstet

Den jahrzehntelangen Bürgerkrieg im Sudan, der der Abspaltung des Südsudan vorausging, hat die Bundesrepublik einst stark befeuert – allerdings auf Seiten Khartums. Bonn hatte schon unmittelbar nach der Unabhängigkeit des Sudan im Jahr 1956 begonnen, Khartum an sich zu binden, um es im Kalten Krieg auf der Seite des Westens zu verankern. Die Zusammenarbeit wurde nach einem Putsch des Oberbefehlshabers der sudanesischen Streitkräfte, Ibrahim Abbud, Ende 1958 sogar noch verstärkt. Im Dezember 1958 schloss die staatskontrollierte bundesdeutsche Fritz Werner GmbH einen Vertrag über den Bau einer Munitionsfabrik, die 1960 in Sheggera unmittelbar südlich der Hauptstadt mit der Produktion begann. Das Bundeskriminalamt bildete sudanesische Polizisten, der Bundesnachrichtendienst und der Militärische Abschirmdienst sudanesische Geheimdienstler aus. Ende 1961 genehmigte Bonn Khartum militärische Ausrüstungshilfe im Wert von 120 Millionen DM – weit mehr als jedem anderen afrikanischen oder arabischen Land. „In Verbindung mit großzügigen Ausbildungsprogrammen wurde die sudanesische Armee komplett neu ausgerüstet und dadurch erst in die Lage versetzt, eine gewaltsame Lösung des Südsudankonflikts anzustreben", heißt es in einer Analyse des Geheimdienstexperten Erich Schmidt-Eenboom.[1] Damals zählte der BND sogar den sudanesischen Innenminister zu seinen unmittelbaren Kontaktpersonen.

Munitionsfabrik

Geheimdienstkooperation und Rüstungsbeihilfen stabilisierten die bundesdeutsch-sudanesischen Kontakte sogar, als Khartum 1965 seine diplomatischen Beziehungen zu Bonn abbrach und 1969 mit der DDR zu kooperieren begann. Trotz offizieller Spannungen durfte die Fritz Werner GmbH der Munitionsfabrik in Sheggera in hohem Umfang Vorprodukte liefern; ebenfalls leitete weiterhin ein Team aus der Bundesrepublik die dortige Produktion. Auch seine Polizeihilfe führte Bonn fort – gänzlich ungeachtet der damaligen Kriegseskalation im Süden des Landes.

In der Zeit von 1955 bis 1972 kamen im sudanesischen Bürgerkrieg bis zu 700 000 Menschen zu Tode, nicht zuletzt durch bundesdeutsche Munition. Zeitweise heizten Bonner Diplomaten die Lage noch weiter an, indem sie islamische Milizen unterstützten, um an Moskau orientierte Kräfte in der sudanesischen Hauptstadt zu schwächen. Mitte der 1960er Jahre hatten sie damit Erfolg.[2]

Sturmgewehre

Die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen durch Khartum im Jahr 1971 honorierte die Bundesrepublik mit einer neuen Aufstockung der Polizei- und Militärkooperation. Bonn lieferte der Polizei des Sudan Fahrzeuge und Nachrichtentechnik und führte mit Hilfe des BKA und mehrerer Landeskriminalämter Ausbildungsprogramme durch. Die sudanesischen Streitkräfte erhielten nicht nur G3-Sturmgewehre, sondern auch Maschinenpistolen und Maschinengewehre der süddeutschen Waffenschmiede Heckler und Koch sowie Rheinmetall-Maschinengewehre des Typs MG3. 1979 und 1980 lieferte MBB 20 Hubschrauber an die sudanesische Polizei, von denen einige später zu Gunships für die Streitkräfte aufgerüstet wurden. Zudem gelangten gepanzerte Truppentransporter und weitere G3-Sturmgewehre, die in Saudi-Arabien mit deutscher Lizenz gefertigt wurden, in den Sudan. US-Behörden bezifferten den Wert der allein zwischen 1976 und 1985 getätigten Ausfuhren bundesdeutschen Kriegsgeräts auf 480 Millionen US-Dollar. Die Bonner Waffenhilfe für Khartum wurde auch weitergeführt, als 1983 der Bürgerkrieg erneut begann. Eingestellt wurde sie erst nach dem Ende der Systemkonfrontation im Jahr 1993.[3] Ursache war allerdings nicht die Gewalt in dem Land, sondern die Neuorientierung der westlichen Außenpolitik, die sich gegen die arabische Welt zu wenden begann.

Sprachenpolitik

Mit der Sezession des schwarzafrikanischen Südens von der arabisch dominierten Zentralregierung in Khartum hat diese Neuorientierung im Sudan nun ihren Gipfelpunkt erreicht. In den kommenden Jahren wollen Berlin und Washington sie unumkehrbar machen. Das soll durch die Einbindung des Südsudan in die East African Community (EAC) geschehen, der aktuell Kenia, Uganda, Tansania, Ruanda und Burundi angehören. Geplant sind Infrastrukturprojekte, die Juba an die südlichen Nachbarländer Kenia und Uganda anbinden. Symptomatisch für die geostrategisch motivierte Operation ist, dass im Südsudan Englisch als Amtssprache fungieren soll. Demgegenüber wird das eigentlich stärker verbreitete Arabisch zurückgedrängt; so wird die Nationalhymne in englischer Sprache gesungen, also in der Sprache der einstigen europäischen Kolonialmacht. Diese Art der Sprachenpolitik erinnert an Ruanda. Dort wird Französisch, das bislang die neben Kinyarwanda dominierende Sprache war, systematisch durch Englisch ersetzt, das seit 2010 an Schulen und Universitäten verwendet werden muss. Hintergrund ist hier, dass Ruanda seit 1994 nicht mehr dem Einflussgebiet Frankreichs zuzurechnen ist, sondern dem deutsch-amerikanischen; das wurde 2007 durch Ruandas Beitritt zur EAC dokumentiert und soll nun durch die Sprache für alle Zukunft gefestigt werden.

Merkel in Kenia

In den kommenden Wochen und Monaten stehen jedoch vor allem praktische Schritte an, die aus dem verarmten, von Analphabetismus, mangelnder Infrastruktur und anhaltender Gewalt geprägten Südsudan ein halbwegs überlebensfähiges Gebilde machen sollen. Auch hierbei soll die EAC, geht es nach der Bundesregierung, tatkräftig helfen. Am heutigen Montag bricht die deutsche Kanzlerin nach Kenia auf, wo sie insbesondere über den Südsudan verhandeln wird. Unternehmer aus Kenia sind dort längst aktiv und hoffen auf umfangreiche Geschäfte, die bereits die Bindungen zwischen Juba und den EAC-Staaten stärken können. Mittelfristig strebt Juba den Bau einer Erdölpipeline nach Kenia an, um seine umfangreichen Ressourcen gänzlich dem Einfluss Khartums zu entziehen, das derzeit noch den Transportkorridor nach Port Sudan kontrolliert. Damit wäre die Entmachtung des alten arabischen Verbündeten Bonns aus der Zeit der Systemkonfrontation abgeschlossen.

[1], [2], [3] Erich Schmidt-Eenboom: Der deutsche Geheimdienst im Nahen Osten. Geheime Hintergründe und Fakten, München 2007. Schmidt-Eenboom stützt sich bei seinen Ausführungen auf eine unveröffentlichte Arbeit des Sudanspezialisten Roman Deckert.

von: German Foreign Policy

Weithin sichtbare Neubaublöcke mit großflächiger Werbung für bezugsfertige Wohnungen, immer neue Baustellen, dichte Bebauung und eine riesige, sich ausdehnende Peripherie: Santiago de Chile ist eine ständig wachsende Metropole mit heute sieben Millionen Menschen – 40 Prozent der chilenischen Bevölkerung. Wenig überraschend, dass es enorme Wohnungsprobleme und -konflikte gibt. Vor einigen Jahren hat sich eine Bewegung formiert, die die Lösung dieser Probleme nicht länger Staat und Markt überlassen will: Die Basisbewegung Movimiento de Pobladores en Lucha (MPL) kämpft gegen die neoliberale Wohnungs- und Stadtpolitik und realisiert auf der Basis von Selbstverwaltung eigene Wohnprojekte.

Das Büro der Movimiento de Pobladores en Lucha (1) liegt in Peñalolen, einem Stadtteil, in dem sie besonders aktiv ist. Drinnen sind die Wände gespickt mit politischen Bildern und Plakaten. Auf einem ist ein Demonstrationszug der Pobladores zu sehen. „Unser Traum ist größer als ein Haus", steht auf dem Fronttransparent. „Genau das ist es, wir kämpfen um mehr als nur um Wohnraum", kommentiert MPL-Aktivist Henry Renna. Es sei ein Kampf darum, Teil der Stadt zu sein, dort zu bleiben, wo man bleiben will, und Entscheidungen selbst zu treffen, wo und wie man leben will.

Peñalolen liegt am östlichen Rand Santiagos nahe den Anden und ist inzwischen beliebtes Bauland für Wohnhäuser begüterter Familien: Wohnen mit Blick auf die Anden ist schick und begehrt. Das Immobiliengeschäft boomt entsprechend. Peñalolen ist aber bisher alles andere als ein Stadtteil der Wohlhabenden. Seit den 1960er Jahren gab es immer wieder Landbesetzungen; weite Teile der Wohnungen in Peñalolen sind von den Bewohnerinnen selbst aufgebaut worden. Heute gibt es hier jede Menge ungelöster Wohnungsprobleme. Arme Familien leben zum Teil auf engstem Raum in informellen Mietverhältnissen und oder in winzigen Sozialwohnungen, die nicht selten den Charakter von sozialen Ghettos haben. Dies führte 1999 zur bisher letzten Landbesetzung mit ca. 1 700 Familien. Sie besteht bis heute mit ca. 400 Familien.

Selbstverwaltetes Bauen für ein gutes Leben

Die Besetzerinnen lehnten sich gegen die herrschende Wohnungspolitik auf undforderten würdigen Wohnraum in ihrem Stadtteil. Sie organisierten sich in Komitees, gründeten Kommissionen und trafen Entscheidungen auf Asambleas (Vollversammlungen). 2003 gründete sich die Organisation Lucha y Vivienda (Kampf und Wohnung), die sich in Nachbarschafts-Asambleas und Deliegiertenräten organisierte. Aus dieser Organisation heraus entstand 2006 die MPL. Es entwickelte sich eine Bewegung, die seit Jahren erfolgreich städtischen Raum zurückerobert und Wohnprojekte sowie soziale Projekte (wie z.B. Zentren und Fußballplätze) auf der Basis von Selbstverwaltung und Partizipation verwirklicht.

Wir fahren quer durch Peñalolen, Henry zeigt mir die Projekte der MPL. Das bisher größte ist eine Wohnanlage für 120 Familien, die fast fertiggestellt ist: Dreistöckige Häuser mit vergleichsweise komfortablen Wohnungen: „Immerhin zehn Quadratmeter mehr als die vor Sozialwohnungen, die der Staat bauen lässt. Hört sich nicht viel an, aber das ist schon ein Zimmer mehr", erzählt Henry, Das Gelände ist von einer weißen Mauer umgeben. „Im Kampf um Würde – 120 Wohnungen für die Gemeinschaft", hat die MPL weithin sichtbar dort aufgemalt.

Weitere Wohnanlagen sind in Planung, eines davon auch im Stadtzentrum. Hier haben sich Familien organisiert, die regelmäßig auf einer Asamblea zusammenkommen und das Projekt planen. Die Gelände gehörten früher meist dem Staat; die MPL konnte sie billig abkaufen oder sie wurden ihr schlichtweg überlassen.

Die Movimiento de Pobladores en Lucha kämpft in Santiago de Chile für ein Recht auf Stadt

Unser Traum ist größer als ein Haus

Wir kommen zu einem etwas heruntergekommenen kleinen Wohnhaus, das fast komplett vollgestellt ist mit Baumaterialien, Tischen, Bänken und Bücherkartons. Von einer Wand blickt ein aufgemalter Che Guevara zu uns herüber. Das Centro productivo soll hier entstehen, in dem eine Frauen- und eine Männerkooperative ihre Werkstatt einrichten wollen. Außerdem soll eine Kinder- und Jugendbibliothek hier Platz finden. Die Idee mit der Frauenkooperative war zuerst da: Henry erzählt, dass die Frauen vor allem einen Freiraum brauchten, um sich austauschen zu können. Mehr als die Hälfte der etwa 50 AktivistInnen der MPL sind Frauen. Deren Männer haben in der Regel wenig Verständnis für ihr Engagement.

Als die Frauenkooperative beschlossene Sache war, meldeten sich Männer zu Wort, die Kleidung für einen großen Markt in Santiago nähen – eine neue Kooperative wurde geboren. Ein gutes Beispiel dafür, wie die Entscheidungsprozesse in der MPL funktionieren: Grundsätzlich entscheiden diejenigen, die den Raum benötigen und ihn nutzen möchten. Es geht dabei in erster Linie um die direkten und dringenden Bedürfnisse der Menschen im Stadtteil, um das Erkämpfen des Rechts auf ein Stück gutes Leben.

Die MPL bezieht sich dabei explizit auf das Recht auf Stadt und der Weg zur Erkämpfung dieses Rechts führt für sie über die Selbstverwaltung. In Bezug auf das Wohnen bedeutet dies, dass der komplette Produktionsprozess in den Händen der Pobladores liegt. Die MPL kämpft damit gegen die herrschende Wohnungspolitik, die vorrangig den Markt bedient und die Menschen als Empfängerinnen von Zuschüssen ansieht. Sie setzt dagegen die Pobladores als diejenigen, die aktiv am Konstruktionsprozess der Stadt beteiligt sind.

Um zu verstehen, worauf sich eine Bewegung wie die MPL bezieht und wogegen sie sich wendet, ist ein Blick in die Geschichte der Poblaciones und der Wohnungspolitik in Santiago notwendig.

In den 1950er Jahren begann Santiago ein explosionsartiges Wachstum, das in den 1960ern durch massenhafte Landflucht seinen Höhepunkt fand. In dieser Zeit entstanden unter der Regierung des Christdemokraten Frei Montalvas (1964-1970) die ersten Wohnblöcke und -einheiten, zum Teil auf enteignetem Boden. Aber die politischen Maßnahmen reichten bei Weitem nicht aus, um die rasant steigende Nachfrage nach Wohnraum zu decken. Es entstanden irreguläre Wohnsiedlungen – die „Poblaciones callampa“, über Nacht gebaute Viertel, die wie Pilze aus dem Boden sprossen. Schon in den 1950er Jahren organisierten sich Familien ohne Wohnraum und besetzten erfolgreich ein Gebiet im (früheren) Süden Santiagos – das Viertel La Victoria (der Sieg) entstand. Während der Diktatur war es eines der Zentren des Widerstands.

Vom Recht auf Wohnen zum Wohnen als Gut

Zwischen Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre wurden die Besetzungen zur Massenbewegung: 1972 lebten 55 000 Familien in so genannten Campamentos, irregulären Wohnsiedlungen auf besetztem Land. Die Besetzung der Stadt machte die gesellschaftlichen Konflikte sichtbar; die Erbauerinnen und Bewohnerinnen dieser Siedlungen – die Pobladores – wurden zu wichtigen sozialen Akteurinnen. Sie konnten unter der Regierung der Unidad Popular von Salvador Allende (1970-1973) eine Reihe von sozialen und städtischen Politiken durchsetzen. Zahlreiche Campamentos wurden legalisiert und mehr Wohnungen vom Staat gebaut als je zuvor.

Nach dem Militärputsch Pinochets 1973 wurden die Poblaciones zerschlagen und alle sozialen und politischen Errungenschaften zunichtegemacht. Der städtische Raum wurde komplett neu geordnet: Die Stadt wurde in kleinere Einheiten zerstückelt, um eine sozio-

ökonomische Homogenität zu etablieren, die eine bessere Kontrolle der Bevölkerung erlaubte. 130 000 Menschen in den Campamentos wurden gewaltsam umgesiedelt. Um den Widerstand zu zerschlagen, wurden die Pobladores – wenn nicht eingesperrt, gefoltert und ermordet – gewaltsam in verschiedene Stadtteile gedrängt. Ein Resultat dieser Räumungs- und Zwangsumsiedlungspolitik war die Bebauung der Peripherie. Das hohe Segregationsniveau, das man heute in Santiago vorfindet, hat seine Ursache in dieser gewaltsamen „Neuordnung".

Mit der Säuberungsaktion wurden gleichzeitig gute Bedingungen für den Bodenmarkt geschaffen und die Grundlage für die Immobilienentwicklung und -spekulation gelegt. Sie hat die weitere Entwicklung Santiagos entscheidend geprägt. Mit der Implementation des neoliberalen Konzepts der Chicago Boys wurde der Bodenmarkt total liberalisiert. Dem Staat fiel nur noch die Rolle eines Marktakteurs zu, der Terrain benötigte, um Wohnungen zu bauen, und der Dienstleistungen zum Wohnungsbau nachfragt – auf dem billigsten Gelände in der Peripherie. Wohnen basierte nun grundsätzlich auf dem Prinzip von privatem Wohneigentum. Der Staat gab lediglich Zuschüsse für den Bau der Wohnungen an die Bauunternehmen.

In den 1980er Jahren gab es große Landbesetzungen im Widerstand gegen die Diktatur, die beiden größten in Santiago 1983, im Jahr der Wirtschaftskrise, als die Gewerkschaftsbewegung Massenproteste initiierte, die bis zum Herbst 1984 andauerten. Nicht nur im bereits erwähnten und bekanntesten La Victoria leisteten die Pobladores Widerstand, sondern auch in vielen anderen Poblaciones.

Nach der Diktatur verwalteten die Mitte-Links-Regierungen der Concertación das Modell, das während der Diktatur installiert worden war. Es wurde etwas reformiert und verbessert, aber strukturell blieb es gleich. Mit einigen Programmen vor allem der Regierung Michelle Bachelets wurden die Fehler der neoliberalen Zuschuss-Politik eingestanden. Sie sind allerdings nicht mehr als Reparaturmaßnahmen. Fragen von Lebensqualität werden in der Regel genauso wenig berücksichtigt wie die Bedeutung sozialer Netzwerke für die Bewohnerinnen.

Pragmatik und Klassenkampf statt warten auf den Staat

Die staatliche Wohnungspolitik der letzten 40 Jahre ließ Ghettos entstehen, in denen die Menschen zwar ein Dach über dem Kopf haben, aber zu bloßen Hilfeempfängerinnen gemacht wurden. Der Staat produzierte systematisch Marginalisierung, indem er gegen die politische Mobilisierung ein Gut – die Wohnung – und eine Dienstleistung setzte.

Die MPL richtet sich genau gegen diese Politik. Das Recht auf Wohnen bedeutet für sie nicht einfach seine Einklagbarkeit gegenüber dem Staat, sondern vor allem die vollständige Partizipation der künftigen Bewohnerinnen. Trotz der Ablehnung der auf staatlichen Zuschüssen basierenden Wohnungspolitik lehnt die MPL die Beantragung von Zuschüssen nicht ab, sondern geht pragmatisch damit um.

Sie schuf – einzigartig in dieser Form – ihre eigene Körperschaft, die zur Beantragung der Zuschüsse und zur Überwachung der Arbeitsabläufe gesetzlich vorgeschrieben ist. Und sie gründete ihr eigenes Baukollektiv. Mit diesem pragmatischen Ansatz antwortet die Bewegung direkt auf die Forderungen der Menschen nach ihren Rechten, anstatt auf den Staat zu warten. Der Kampf um ein Recht auf Stadt meint aus der Sicht der MPL mehr: Nämlich den Konflikt als einen Klassenkampf zu verstehen, als Kampf um die Kontrolle des Mehrwerts der Stadt.

Kristin Schwierz

[aus analyse und kritik 562, Juni 2011]

Anmerkung:
1) Übersetzt bedeutet dies Die Bewegung der Pobladores im Kampf. Ein/e Poblador/a ist in dieser Bedeutung nicht nur Bewohner/in einer Poblacion, wie die Siedlungen in Chile genannt werden, die ihre Ursprünge e in den Landbesetzungen der 1950er und 1960er Jahre haben. Poblador/a hat auch n eine politische und soziale Bedeutung und g bezieht sich auf kollektive Kämpfe für ein Recht auf Wohnen und ein Recht auf Stadt.

2. REBELLISCHES
ZUSAMMENTREFFEN
3 TAGE REBELLION, KONGRESS UND FESTIVAL
DIE WELT VERÄNDERN – VON UNTEN UND LINKS
WEIL'S NOT TUT UND SPASS MACHT!
9.-11.SEPTEMBER2011
BURG LUTTER (LUTTER AM BARENBERGE, NIEDERSACHSEN)
REBELLISCHES.NOBLOGS.ORG YA-BASTA-NETZ.DE.VU

NAZIAUFMARSCH
VERHINDERN
GEMEINSAM ★ ENTSCHLOSSEN ★ SOLIDARISCH
03. SEPTEMBER 2011
SIE WERDEN NICHT DURCHKOMMEN!
DORTMUND
STELLT SICH QUER!
NIE WIEDER FASCHISMUS! NEIN ZUM KRIEG!
MEHR INFORMATIONEN UNTER:
DORTMUNDQUERGESTELLT.DE

NOT WELCOME
DEN PAPSTBESUCH IN BERLIN ZUM DESASTER MACHEN | 22-23.SEPTEMBER 2011
22. September ++ 16 Uhr ++ Brandenburger Tor ++ Großdemo ++ Linsradikaler Block ++ notwelcome.de

SEPTEMBER

Fr.	2.9.	22.00	Mash up di place - Reggae Dancehall
Sa.	3.9.	22.00	LesBiSchwule Mottoparty "90er Jahre"
Fr.	9.9.	22.00	Black Star Eye Soli-Goa-Party
Sa.	10.9.	22.00	DanceNoise
Fr.	16.9.	22.00	AntiRa-Soli-Party
Sa.	17.9.	22.00	MÄNNERfabrik
Fr.	23.9.	22.00	AntiRa-Soli-Party
Sa.	24.9.	23.00	Rosa Disco
Fr.	30.9.	22.00	AntiFa-Soli-Party

OKTOBER

Sa.	1.10.	22.00	Homophilias - Party für Lesben und Schwule
So.	2.10.	22.00	Tanzen
Fr.	7.10.	22.00	Mash up di place
Sa.	15.10.	22.00	MÄNNERfabrik "10. OktoBärFest"
Fr.	21.10.	23.00	Soliparty Hameln
Sa.	22.10.	22.00	LesBiSchwule Mottoparty "Oktoberfest"
Sa.	29.10.	23.00	Rosa Disco

WÖCHENTLICH

Mo.	19.00	Crush Hour Concerts
Mo.	20.30	Antifa-Café
Di.	20.00	Subklub
Mi.	20.00	Theatergruppe
Do.	20.00	Voküi, danach Kneipe
Do.	21.00	Oldenburger Rechtshilfe

MONATLICH

1.	Mi.	20.00	FrauenLesbenTransKneipe
3.	Mi.	21.00	Punkkneipe
2.	Fr.	20.30	NutzerInnenplenum

INFOLADEN ROTER STRUMPF

Mo.	18	- 21 Uhr
Di.	16	- 19 Uhr
Mi.	16	- 19 Uhr
Do.	18	- 21 Uhr
Fr.	16	- 19 Uhr